

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adtestraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **465000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

### Das kapitalistische System.

In Rom hat der Rabbodprozess mit einer Verurteilung des angeklagten Redakteurs der Bergarbeiter-Zeitung geendet, obwohl eine Anzahl der Zeugen und Sachverständigen schwere Mängel beklagten hatten. Vor allem war die Wasserleitung, die zur Veriefung des so gefährlichen Kohlenstaubes in der Grube eine sehr wichtige Rolle spielt, durchaus unzureichend. Wegen der vielen Schlagwetter war die Zeche Rabbod auch den Aufsichtsbekannt bekannt, trotzdem hieß es Tag um Tag und Woche für Woche in den Kontrollbüchern: Alles rein! Daß auf der Zeche eine wahre Jagd nach Kohlen stattfand, daß vor diesem finanziellen Moment die Rücksichten auf die Betriebs-sicherheit nicht genügend beachtet wurden, sollte als Schuld den Arbeitern zugeschoben werden. Wo dies, wie bei dem konstatierten Wassermangel, gar nicht ging, fand man sich in der Not mit dem Nebelstand ab, daß die Zustände auf den anderen Zechen bei der „amerikanischen Entwicklung“ im Ruhrgebiet auch nicht besser besunden wurden. Rabbod, so hieß es, stehe keineswegs ungünstiger da, Mängel lämen überall vor, und eine Schuld der Zechenverwaltung sei nicht erwiesen!

Das Gericht hat gesprochen und der Redakteur ist verurteilt. Und die Toten von Rabbod liegen zum Teil immer noch im Schacht begraben, bis sie bei der neuen Jagd nach Kohlen nach und nach entbedt und zutage befördert werden.

Was für grauenvolle Zustände mit dem Worte, daß es auf der Zeche Rabbod mit der Betriebs-sicherheit nicht schlechter bestellt gewesen sei als in anderen Betrieben auch, behauptet werden, hat man wohl kaum beachtet. Nebenfalls wird durch diese sonderbare „Trostformel die Sache für Rabbod um kein Zota besser. Und doch ist die Wahrheit herauszufinden, daß das kapitalistische System halt überall seine Organe feiert, auf Rabbod wie auf anderen Zechen, im Ruhrgebiet wie sonstwo, und in Hütten- und Walzwerken sowie in anderen Betrieben so gut wie auf den Kohlenzechen. Der Kapitalismus wertet die Arbeiter nicht als Menschen von Fleisch und Bein, sondern nur als — leider — notwendige Mittel zur Profitanhäufung, die in Rechnung gestellt werden müssen so gut wie Grund und Boden, Rohstoffe, Maschinen. Leider kommen bei dieser Wertung die Arbeiter sogar noch ungünstiger fort als die toten Sachen, weil die Sachgüter gekauft werden müssen und darum bei einer schlechten Behandlung an Wert für den Verkäufer einbüßen; die Arbeiter aber sind nur zeitweilig gemietet worden und können, ausgenutzt, auf die Seite fliegen, ohne einen ähnlichen Schaden für den Kapitalisten. Der stellt dann einfach frische Kräfte ein und es ist für ihn, als sei nichts geschehen. Das ist unsere vielgepriesene kapitalistische Kultur, unser mammonistisches System! Gelatombene verkrüppelter und toter Arbeiterkörper fallen Jahr um Jahr diesem blutigen System zum Raube, so daß man mit dem Dichter sagen kann:

„Opfer fallen hier,  
Weder Gamm noch Stier,  
Aber Menschenopfer unerhört!“

Es ist dasselbe System, das in Wilhelmshaven den Werftdirektor, Korvettenkapitän Jendahl, sagen läßt: „Was scheeren mich Menschenleben, Sie haben die Befehle auszuführen!“ Es ist dasselbe System, das — man erinnere sich an den Fusangel-Boare-Prozess — falsche Stempel verwendet, um unbrauchbare, schlechte Eisenbahn-schienen, trotz verweigerter Abnahme, doch durchzuschunageln. Eine ähnliche Sache wurde noch vor kurzer Zeit von einem Hütten- und Walzmeister auf zwei Monate ins Gefängnis schickt. Nach-schlag waren dort die Abnahmebeamten der Regierung getäußt worden, indem abgestempelte Schienen und Schwellen nachts in den Abnahmerraum zurücktransportiert und durch ungeprüfte eriekt wurden, die dann einen falschen Stempel erhielten! Bei einer Abnahme, die drei bis vier Tage dauerte, wurden in der Regel 400 bis 500 Schienen, die der Regierungsbauamt als unbrauchbar zurückgewiesen hatte, mit einem falschen Stempel versehen und wieder unter die abgenommenen geschmuggelt! Im Interesse des Profits, mochte dann auch später ein Schienenbruch Hunderten von Menschen das Leben kosten! Menschen sind ja genug da, aber Profit kann nie genug herausgebracht werden. Das ist das kapitalistische System.

Von diesem System kann man überall fragen und sagen. Als in einer Fabrik ein Arbeiter in die Transmissions einer Maschine periet und dabei der Riemen entzwei ging, meinte der herbeigerufene Fabrikant mit einem bedauernden Blick auf den — „schönen, neuen Riemen“, dieser sei nun „auch wieder zum Teufel!“

Wie es bei solchem gewissenlosen kapitalistischen System gehen kann, zeigte sich im Frühjahr dieses Jahres bei der Explosion in einer Zündholzfabrik, bei der 13 Personen, meistens Mädchen und Kinder, getötet und 39, fast alle Mädchen, verletzt wurden. Der Dampfessel war scharf abgekühlt gewesen und explodiert. Der Obermaschinenist und die Direktion wußten längst von der Gefahr. Der Geizer sagte, wie damals berichtet wurde, auf seinem Totenbett: „Ich habe dem Obermaschinenisten mehrmals gesagt, daß der Kessel ein Loch hat, aber es nützte

nichts. Auch heute in der Frühe habe ich ihn auf die Gefahr aufmerksam gemacht, er achtete nicht darauf. Das Rohr war geborsten, das Wasser floß aus, und das Unglück war da. Schufte! Schufte!“ Seit 12 Tagen hatte er die arbeitenden Mädchen täglich mit den Worten begrüßt: „Nun, Mädchen, heute fliegen wir!“ Die Mädchen hatten flehentlich die Direktion um Abhilfe gebeten. Vergeblich. So „Rog“ denn die Geschickte. Schufte! Schufte!

Und wer denkt bei dieser Gelegenheit nicht an jenen Schiffseigen-tümer, der, weil die Mannschaft bei einem Schiffsunfall „leider gerettet“ worden war, die Rücktransportkosten tragen mußte!

Erwähnenswert ist auch folgender Fall. Nach Zeitungsmitteilungen war ein bei der Firma Thyssen & Co. in Mühlheim a. d. Ruhr beschäftigte Obergeringieur tödlich verunglückt, als er im Verein mit einem Arbeiter zwei durch Gasausströmung in einer Grube bewußtlos gewordene Arbeiter retten wollte. Die Hinterbliebenen des Ingenieurs verlangten auf Grund des § 2 des Haftpflichtgesetzes von der Firma Thyssen & Co. eine Schadenersatzleistung, da ein Betriebsunfall vorläge. Die beklagte Firma lehnte jedoch die Bezahlung ab, da einmal der § 2 des Haftpflichtgesetzes keine Anwendung finden könne und außerdem ein Verschulden des Ingenieurs vorgelegen habe, da er sich hätte sagen müssen, daß er in der mit Gas gefüllten Grube erstickt würde, wie auch schon zwei Arbeiter das Glimmerkeigen in die Grube auf seinen Befehl dieser Gefahr halber verweigert hatten. Die Angelegenheit ist vor dem Landgericht in Duisburg und dem Oberlandesgericht in Hamm und schließlich vor dem Reichsgericht jedesmal zuungunsten der Firma Thyssen & Co. entschieden worden, die dann „leider“ zahlen mußte.

Das sind so einige Blasen, die das kapitalistische System an die Oberfläche gebracht hat. Das Kapital ist sich selbst der höchste Gott. Es hat seinen eigenen Katechismus, seine Glaubensartikel sind offenbar von der Sucht nach immer größerer Kapitalzinsen, immer größerem Profit. Der Kapitalismus hat, wo er zur Herrschaft gekommen ist, „alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört“. Er hat „die buntschneigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorrechten knüpften, unarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose, bare Zahlung“. Er hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerie, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt.“

So hat Marx im „kommunistischen Manifest“ das kapitalistische System und die Moral des Geldes gezeichnet. Und keiner kann sagen, daß die Schilderung heute nicht mehr zutrifft. Ruhelos durchrast das Kapital die ganze Welt, gepeitscht von der „Mottenfuch“. Sein Weg geht über Elend und Leiden, was ihm wenig Kummeris verursacht. Zähneknirschend aber erhebt sich der Kapitalismus gegen die sozialdemokratische Kritik seiner Handlungen. Und die Folge sind Rabbodprozesse. Aber diese und ähnliche Prozesse werden es nicht verhindern können, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung auf allen möglichen Wegen das kapitalistische System nach wie vor aufs äußerste bekämpft. Im Interesse des arbeitenden Volkes! Im Interesse der Kultur!

### Gesundheitsschädliche Einflüsse in den Betriebsstätten.

So viel auch im Interesse der Gesundheit der Arbeiter von den Gewerkschaften, den Krankenkassen, den Berufsvereinigungen, den Gewerbeinspektoren u. schon geschehen ist zur beiriedigenden rationellen Gestaltung der hygienischen Einrichtungen und der Unfallverhütung, wir sind dennoch noch immer weit entfernt vom Ziele, worüber nicht nur die Werkstätten- und Fabrikberichte in der Gewerkschaftsdrucke, sondern auch die amtlichen Fabrikinspektorenberichte stets wieder aufs neue belehren.

Der von uns schon früher besprochene Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für 1909 enthält neuerliche Belege für die Notwendigkeit, auf diesem wichtigen sozialhygienischen Gebiet keinen Stillstand eintreten zu lassen. Zunächst enthält der Bericht statistische Zusammenstellungen bezüglich der Häufigkeit der Zuber-tulose bei verschiedenartiger gewerblicher Arbeit in der Maschinenfabrik von Lang in Mannheim. Dort befinden sich die Arbeiter in annähernd gleichen Verhältnissen bezüglich des Lohnes und der Lebenshaltung, dagegen allerdings in sehr verschiedenen Verhältnissen bezüglich der Art ihrer Beschäftigung. Im Jahre 1908 verteilten sich 55 sichere Fälle von Lungentuberkulose auf 4102 Arbeiter und Beamte. Prozentual berechnet entfallen auf je 100 Personen in

	Tuberkulosefälle
der Gießerei . . . . .	2
= Schreinerei . . . . .	1,48
= Schmiede . . . . .	3,3
= Lokomobilm-Bau-Werkstätte . . . . .	1,12
= Landwirtschaftlichen Maschinenbau-Werkstätte . . . . .	1,11
= Kesselschmiede . . . . .	1,2
= Beamten-schaft . . . . .	1,1

Bemerkenswert ist das Ueberwiegen der Erkrankungen der Schmiede und Gießereiarbeiter gegenüber den Werkstättenarbeitern.

die in der Lokomobilm-Bau- und in der Maschinenbauwerkstatt gleich gering belastet erscheinen.

In der Statistik wurde auch die Frage nach der erblichen Belastung der Erkrankten gestellt und in 17 Fällen folgendermaßen beantwortet:

von 9 Fällen in der Gießerei . . . . .	2mal
= 4 = = = Schreinerei . . . . .	0 =
= 6 = = = Schmiede . . . . .	2 =
= 13 = = = dem Lokomobilm-Bau . . . . .	4 =
= 13 = = = Maschinenbau . . . . .	5 =
= 5 = = = der Kesselschmiede . . . . .	3 =
= 6 = = = Beamten-schaft . . . . .	1 =

Der Bericht meint dazu, daß die jahrelange Fortführung der Statistik in der Langschen Fabrik wertvolles Material zur Beurteilung der Gefährdung einzelner Arten gewerblicher Arbeiter abgeben wird.

In Forzheim sind in einer Bijouteriefabrik bei der jetzt wieder mehr in Aufnahme kommenden Feuervergoldung Fälle von Quecksilbervergiftung vorgekommen. Bei einer Beschäftigung zeigten sich Uebelstände, die Rohrleitung des Abzugs war nicht dicht, das Ausfließen des Amalgams wurde oft nicht unter Abzug vorgenommen. Die Mängel wurden insofern beseitigt. Zur Vorbeugung wurde die Aufstellung einer Lösung von dreiprozentigen Chloräurem Kali zur Mundauspülung empfohlen.

Durch Einwirkung elektrischer Starkströme wurden vier Menschenleben vernichtet. Im Transformatorraum einer Waggonfabrik stellte der Monteur des Stromliefernden Elektrizitätsnetzes am Zähler den Stromverbrauch fest. Der Maschinist des Werkes, der den Monteur, wohl um die Ableitung zu kontrollieren, begleitete, kam in dem engen Raume mit dem Rücken den 10 000 Volt führenden Hochspannungsisolierungen zu nahe und war sofort eine Leiche. Auf Veranlassung der Fabrikinspektion wurden Hochspannungsauslöser und Zähler so installiert, daß sie von außen betätigt werden können, ohne daß der Hochspannungsraum betreten werden muß. So klug hätte man auch schon vor dem Unglück sein können.

In einem andern Falle betrat ein Arbeiter am kalten Morgen ein neuerstelltes Transformatorhaus, offenbar, um sich zu wärmen. Der darin beschäftigte Elektromonteur wies ihn hinaus. Der Arbeiter folgte aber der Aufforderung nicht. Kurz darauf berührte er, sich ausredend, mit einer Hand eine Hochspannungsisolierung mit 2750 Volt. Der Monteur sah den Verunglückten sofort mit der Hand an den Kleidern, schlug mit der andern von unten her den an der Sicherung liegenden Arm weg und begann sofort mit Wiederbelebungsbemühungen. Obgleich diese über eine Stunde fortgesetzt wurden, konnte der Mann nicht gerettet werden. Im dritten Falle wollte ein Arbeiter ohne jede schützende Vorkehrung zwei durchgebrannte Sicherungen an der Schalttafel eines 500voltigen Drehstrommotors unter Strom gleichzeitig auswechseln. Dabei geriet er mit den Fingerspitzen an die stromführenden Metallanschlüsse, verursacht durch seinen Körper einen Kurzschluß und sank lautlos in sich zusammen. Die Umänderung der alten Schalttafel wurde veranlaßt. In einer chemischen Fabrik war ein Arbeiter mit dem Reinigen eines Ammoniakdestillators beschäftigt. Zur Beleuchtung bediente er sich einer Handlampe für Wechselstrom von 180 Volt. Als man ihn zur Mittagszeit suchte, fand man ihn tot im Apparat, die Handlampe im Armpfeil an die Brust drückend. Die Leiche zeigte leichte Brandstellen an der Brust, so daß mit Bestimmtheit angenommen werden konnte, daß der Arbeiter durch eine isodhastische Stelle der Isolierung mit dem Strom in unmittelbare Berührung kam. Zufällig wurde auch an der einen Gummidüre eine durchgeschleuerte Stelle gefunden. Da in neuerer Zeit auch anderwärts wiederholt Verletzungen und Todesfälle vorgekommen waren, welche auf die Verwendung ungewöhnlich konstruierter elektrischer Handlampen zurückzuführen sind, machte die Fabrikinspektion die Unternehmung darauf aufmerksam, daß es zu den durch § 120 a der Gewerbeordnung aufgestellten Vorschriften gehebe, bei der Reinigung und Instandhaltung von Dampf- und Wasserkesseln, Verdampfern, Destillierapparaten, Reingarn, fern in merkwürdig und schließlichen Räumen mit erhöhter Temperatur und Feuchtigkeits nur solche elektrische Handlampen zu verwenden, welche nachstehenden Anforderungen genügen:

1. Die äußeren Teile der Lampen müssen aus Holzwerkstoff bestehen und sämtliche stromführende Teile der Verbindung angeben.
  2. Die Griffe müssen aus Holzwerkstoff hergestellt sein; innere Metallteile der Griffe dürfen nicht aus Eisenblech bestehen und die Leitungen durchgehend sein.
  3. Die Einführung der Drahtkabeln in die Lampen muß durch geeignete Vorrichtungen gesichert sein, die auch bei starker Beanspruchung an Feuer in dieser Stelle nicht zu befürchten ist.
  4. Schutzkabel, Anschlusskabel, Erdungskabel und dergleichen müssen auf isolierter Unterlage befestigt sein.
- Dies sind für alle unsere in der Elektrizitätsbranche tätigen Kollegen lehrreiche und bedeutsame Punkte, die aber nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern überall auch im eigenen Interesse wie auch in dem der Kollegen vorzuzugleich befolgt werden sollten. Die Elektrizitätsbranche hat in allen ihren Zweigen schon so viele Opfer gekostet, namentlich aus den Reihen der Arbeiter, daß nicht nur die inneren und notwendigen Vorkehrungen geübt, sondern auch die Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen überall nach dem jeweiligen Stande der Technik angebracht werden sollten. Daß dies geschieht, liegt in einem sehr großen Teile an unseren Kollegen selbst, die einfach das nötige fordern und darauf bestehen müssen, daß es auch geschieht werde.

Entwicklungstendenzen in der neueren Technikerbewegung.

Von Ingenieur Richard Woldt (Berlin).

VI. Schlussbetrachtung.

Aus unseren Untersuchungen haben wir gesehen, daß die Entwicklungstendenzen in der neueren Technikerbewegung naturgemäß zu gewerkschaftlichen Verbandsformen führen müssen.

Selbst wenn heute in der Großindustrie ein Fortschritt oder Dienen entstehen würde, der mit phylanthropischen Plänen diesen Gegenstand überbrücken wollte, so würden doch seinem Wirken bald bestimmte Grenzen gesetzt werden.

Der Geist, der heute in den leitenden Kreisen der Unternehmer herrscht, wird auch den Angestellten die Lehre einprägen, daß die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit ausgemittelt werden müssen.

Die Angestellten haben bisher immer noch gehofft, daß ihnen die schweren Kämpfe erspart bleiben, die die Arbeiter mit den Unternehmern führen müssen.

Der Großbetrieb hat eben überall dafür die Vorbedingungen geschaffen. Ob wir nun eine elektrotechnische Großfirma oder eine Schiffswerft, eine Maschinenbauanstalt oder ein Bergwerk betreten, immer sind es die gleichen charakteristischen Gegensätze, die gleichen Abhängigkeitsverhältnisse aller arbeitenden Kräfte von einer kleinen Gruppe einflussreicher Kapitalmagnaten.

Finden in den Gewerkschaftskämpfen der Zukunft, die unausbleiblich sind, die Kopfarbeiter nicht den Platz, wo sie hingehören, nämlich bei den Handarbeitern, dann wird das Heer der Angestellten zwischen den beiden Fronten zerrieben, dann geht der Proletarisierungszug unaufhaltsam weiter vorwärts, wie er sich jetzt schon in seinen charakteristischen Formen gezeigt hat.

Werden sich innerhalb dieser neueren Angestelltenbewegung nun auch politische Strömungen bemerkbar machen? Werden die Massen sich zu politischen Machtsphären kristallisieren? Das sind gerade im Hinblick auf die jetzige politische Konstellation sehr interessante Fragen und es lohnt sich schon, darauf kurz noch einzugehen.

Obwohl diese Vorgänge sich unmittelbar vor den Augen des Lesers abspielen, ist er doch den Dingen fremd und teilnahmslos gegenüber geblieben. Er hat sich in seinem eigenen Verbandsleben auf die Pflege rein fachwissenschaftlicher Bildungsarbeit und auf Wohlfühlpolitik beschränkt.

Was hat er von dem unheimlichen Leidensdrama der politischen Zentralität auf ihre Fesseln gelassen. Sofern nämlich diese verabschiedete Zentralität nicht auf dem Papier steht und konsequent durchgeführt wird, kann sie, zumal in dem ersten Stadium einer Organisationsbewegung, der gewerkschaftlichen Praxis nur hinderlich sein.

Sozialen Verhältnisse des betreffenden Berufes klar erkannt werden, um wirtschaftliche Forderungen formulieren zu können. Diese Forderungen können nicht nur, sondern müssen zunächst frei von jeder Parteipolitik sein.

Schon machen sich Ansätze dazu bemerkbar. Voraussetzlich werden die Massen des radikalen Flügels der bürgerlichen Angestelltenbewegung zunächst in der demokratischen Vereinigung die Unterwerfen. Mit dem Zusammenbruch dieser Parteigruppe, ein Zusammenbruch, der aus Gründen unausbleiblich ist, die hier nicht zur Debatte stehen, werden die politisch wieder obdachlosen Elemente die Konsequenzen nach vornwärts oder rückwärts ziehen müssen.

Sechster Internationaler Metallarbeiterkongress.

Nach England fahren Sie? Da haben Sie aber eine ungünstige Jahreszeit ausgesucht! So hat man mir vor Antritt der Reise zum Sechsten Internationalen Metallarbeiterkongress wiederholt gesagt.

In Brüssel, wo wir zunächst Station machten, um von der Weltausstellung so viel herunterzuschauen, wie sich in zwei Tagen bewältigen läßt, war großer Trubel. Wilhelm II. nebst Gemahlin waren da und es wimmelte von Flaggen in belfrischen und in deutschen Farben.

Die Weltausstellung hat durch den großen Brand offenbar viel verloren. Man hat die leergeräumte Stätte durch eine hübsche Holzpalast verdeckt. Es gab aber nichtsdestoweniger noch manches Interessante zu sehen und besonders verteilhaft präsentierte sich die deutsche Abteilung, die, wie bekannt, von dem Brande ja ganz berührt wurde.

Die Weltzeitung hat auch viel des Interessanten, Angenehmen und Belehrenden. Das Landwirtschapsbild veränderte sich. In der Nähe der Ortschaften sah man öfters prächtige Säulen in demselben Stil, in dem das auf der Ausstellung befindliche niederländische Haus gebaut war.

Wir nachts kamen wir an und suchten in den dunklen Straßen den Weg nach unserem Quartier, wo der lebenswürdige Kollege Dabits unserer noch wartete.

Der Kongress wurde am 31. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Versammlungsaal des White Horse Hotel vom Kollegen Wallis (Nettenmacher) eröffnet. Der Redner hieß die Delegierten im Namen der Britischen Metallarbeiter-Föderation und der britischen Sektion des Internationalen Metallarbeiter-Bundes willkommen und betonte die Wichtigkeit der Aufgaben des Kongresses.

Auf dem Kongress waren 41 Organisationen in 12 Ländern mit 771 073 Mitgliedern durch 75 Delegierte vertreten. Aus Deutschland waren anwesend: Brandes (Magdeburg), Cohen (Berlin), Reichel (Stuttgart), Sebering (Wiesbaden) und Duff (Stuttgart) für den Deutschen Metallarbeiter-Verband, Saupé für den Verband der Kupferschmiede, Schöffel für den Verband der Maschinisten und Heizer und Lange und Siering für den Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.

Kollege Hobson (Sheffield) gab vor der Konstitution des Kongresses eine kurze Uebersicht über die Entwicklung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes von der ersten vorbereitenden Besprechung bei Gelegenheit des Internationalen Arbeiterkongresses, der 1891 in Brüssel tagte.

Der Birminghamer Delegierte begrüßte sodann noch den Kongress mit kurzen, teilweise humoristisch angehauchten Ansprachen. Der letzte dieser Redner war ein Vertreter der Freundschaftsgesellschaft der Eisenformer (Friendly Society of Iron Founders), einer mehr als hundert Jahre alten Organisation, der ältesten auf dem Kongress.

In die Mandatprüfungs-Kommission wurden gewählt: C. G. E. (Dänemark), S. G. N. (Schweiz), G. A. T. (Dänemark) und Taylor (Großbritannien, Midland Trades Federation), ferner zu Tagespräsidenten: Wallis (Großbritannien, Nettenmacher), Reichel (Deutschland) und Solau (Belgien).

Sodann trat eine Pause ein.

In der Nachmittags Sitzung machte der Internationale Sekretär, Kollege Schilde, zu seinem gebräuchlichen Bericht noch einige Bemerkungen. Redner verbreitete sich zunächst über die Umstände, die dazu führten, daß auf dem Kontinent die Arbeiterbewegung andere Formen annehmen mußte, als in England.

Zum Tätigkeitsbericht hatte Redner nicht mehr viel zu sagen, weil er schon gebräuchlich vorliegt. Die Aufmerksamkeit wurde auf die noch mehr erleichtert werden. In den einzelnen Ländern konnte mehr geschehen. Bezüglich der Propaganda für den Anluß an den internationalen Bund konnte in den letzten Jahren nicht mehr geschehen, als früher schon geschehen ist.

Das Sommerfest des Sekretariats ist das Organ des Bundes, die Internationale Metallarbeiter-Kundschau. Diese läßt noch viel zu wünschen übrig. In England hat man das Sommerfest ausgebaut wie in keinem anderen Lande.

Die gewünschten internationalen Sammlungen von Material und Statistiken konnten, so wünschenswert sie sind, nicht ausgeführt werden. So zum Beispiel die Statistiken über Arbeitszeit, Überstunden, Sonntagarbeit und inländische Anheben. Während der Krise war dies nicht möglich, es sollte nun aber bald geschehen, desgleichen die Statistik über den Arbeiterstand in den Ländern mit Rohproduktion.

\* Vergleiche die Nr. 35, 37, 40, 42, 45.

bezug auf das Gegenseitigkeitsverhältnis habe er dem Kongress eine Resolution unterbreitet, die hoffentlich zu weiteren Fortschritten führen werde.

Kollege Schlicke dankte ferner allen, die ihn in seiner Tätigkeit unterstützt haben.

Mit den Grundrissen, die wir in Amsterdam aufgestellt haben, haben wir den rechten Weg gefunden und wir dürfen nicht verzagen, wenn es da oder dort langsam vorwärts geht. Die Kollegen in den einzelnen Landesorganisationen sollten die Kraft, die ihnen der Dienst in ihrer Organisation übrig läßt, dem Bunde zur Verfügung stellen. Wir sollten auf diese Weise streben, eine immer größere Armee von Metallarbeitern ins Feld führen zu können. Redner möchte darin aber noch weiter gehen. Der Internationale Metallarbeiter-Bund ist sozusagen nur ein Regiment des internationalen Arbeiterheeres. Redner zitierte einen Ausspruch von K. J. Gardie, den dieser jüngst in Frankfurt a. M. getan hat und wonach eine internationale Verbindung der Arbeiterklasse stärker ist als die Dreadnoughts der herrschenden Klasse. Wir Metallarbeiter, die wir gezwungen sind, die Dreadnoughts zu bauen, müssen auch unser Teil dazu beitragen, eine Organisation zusammenzubringen, die die Dreadnoughts der herrschenden Klasse unwirksam macht. Redner erinnerte ferner an das von Jaurès bei derselben Gelegenheit gesprochene Wort von der gewaltigen Kulturmacht, die ein deutsch-englisch-französischer Völkerverbund repräsentieren würde. Ehe aber die herrschenden Klassen so weit kommen, werden wir in unserer Organisation den internationalen Völkerverbund haben und dadurch unser Teil beitragen, die herrschenden Klassen zu besiegen. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem die Diskussion eröffnet worden war, machte Kollege Malasits (Ungarn) einige Mitteilungen über die von ihm vertretene Organisation, weil es ihr nicht möglich gewesen war, sich an der schriftlichen Berichterstattung zu beteiligen. Danach hat der Ungarische Eisen- und Metallarbeiter-Verband nach der vier Monate langen Suspension im Jahre 1908 wieder um 5000 Mitglieder zugenommen. Redner vermisse im Bericht des Sekretärs die Stellungnahme zu den Separationsbestrebungen bei einem Teile der tschechischen Metallarbeiter.

Kollege Schlicke erwiderte darauf, daß er den Streit mit den Tschechen deshalb nicht erwähnt habe, weil ja erst Kongresse dazu Stellung genommen hätten. Auch fanden in dieser Sache Verhandlungen statt. Ferner sei es nicht gut, Kameraden anzugreifen, die sich nicht verteidigen können. Unsere österreichischen Kollegen würden schon die richtigen Worte finden.

Kollege Cohen (Deutscher Metallarbeiter-Verband): Schlicke hat gelehrt, was zu leisten möglich ist, nachdem viele Organisationen in den letzten Jahren in bezug auf Ausnahmestellung ihre Pflicht vernachlässigt haben. Wenn in einer Sache an 18 Organisationen Anfragen gerichtet wurden und nur eine einzige antwortete, so ist dies tief bedauerlich. Redner hätte ferner Auskunft über die Metallarbeiterbewegung in Italien, Spanien und Portugal gewünscht. Desgleichen läßt die Berichterstattung aus England noch zu wünschen übrig, denn die Organisationen, von denen wir bisher etwas erfahren, haben im ganzen nur 158 000 Mitglieder. Redner wünschte ferner Auskunft darüber, wie sich in England die Arbeitsstunden auf die Woche verteilen.

Kollege Weston (England, Werkzeugm.) bemerkte, seine Organisation habe die erwähnte Anfrage des Sekretärs nicht aus Nachlässigkeit nicht beantwortet, sondern weil es ihr aus Zeitmangel tatsächlich nicht möglich war.

Kollege Sebring (D. Metallarbeiter-Verb.) vermisse eine Berichterstattung über die Handhabung der Arbeiter-schlichtung in den einzelnen Ländern. Diese sei notwendig, um den Leid der Arbeiter durchzusetzen zu können, die einzelnen Länder gegeneinander auszuspielen, indem sie vorgäben, die betreffenden Gesetze seien da oder dort noch nicht eingeführt oder ihre Bestimmungen würden laager gehandhabt. Desgleichen sollte berichtet werden über die Tätigkeit der Gewerkschaften in Spanien, besonders aus der Schweiz, wo die Inflation mit Strafmaßnahmen ausgerollt sind. Bezüglich der Arbeitslosenversicherung könnte mehr aus Belgien berichtet werden. In Deutschland sei man in bezug auf diese Sache völlig auf die Veröffentlichungen der Regierungen angewiesen. Mehr geschehen könnte auch in der Berichterstattung über das Arbeitsrecht. Bei der Beratung über das Arbeitsrecht im Deutschen Reichstag wären Mitteilungen über die Erfahrungen der holländischen und der französischen Kollegen sehr wünschenswert gewesen. Im Gewerkschaftsbereich seien im Juli ferner die Einrichtung in Frankreich viel besser sein; trotzdem erklärt man bei uns, Deutschland sei auch auf diesem Gebiet in der Welt voran. Die Internationale Metallarbeiter-Bund hätte eine gewichtige Rolle spielen können, wenn sie uns auf die gewünschte Art aus den einzelnen Ländern Informationen brächte.

Am Abend des ersten Sitzungstages fand ein von den Vornamern Kollegen gegebenes Festessen der Delegierten statt, wo auch international geredet, gesungen und — getrunken wurde. — Am zweiten Sitzungstage ging die Diskussion weiter.

Kollege Beer (Österreich) bemerkte auf den Wunsch des Kollegen Malasits betreffend den Streit mit den Tschechen in Böhmen, daß es nach seiner Meinung ein überflüssiges Beginnen sei, wenn der Kongress dazu Stellung nähme. Redner schloß sich vollständig den Ausführungen des internationalen Sekretärs an und wünschte, daß der Kongress die Haltung des Sekretärs billige. Redner ging sodann auf die internationale Solidarität ein und betonte, daß England auf diesem Gebiet das wenigste getan habe. Auf den schwedischen Großstreik wolle er jetzt nicht eingehen, weil er annehme, daß darüber später noch ausführlicher gesprochen werde. Er halte es für gut, daß dieser erkläre Charakter der britischen Gewerkschaften nicht mehr aufrechterhalten werde, denn es könne geschehen, daß auch die britischen Gewerkschaften auf die wertvolle Hilfe anderer Länder rechnen müssen. Solcher Fall könne eintreten, so wünschenswert es auch sei, daß die Gewerkschaften danach streben, sich möglichst mit eigenen Kräften zu helfen.

Kollege Wertheim (Frankreich, Metallarbeiter) wollte am Bericht des Sekretärs keine Kritik üben, weil er ihn zu spät erhalten habe. Ein deutscher Delegierter habe aber Bemerkungen gemacht, die einen Angriff auf die französische Taktik bedeuteten. Wolle man darüber sprechen, so müßte man die Frage der Taktik von Grund aus erörtern. Redner ging sodann auf die Unterschiede zwischen gewerkschaftlicher und politischer Taktik ein und übertrug dabei so weit die Redezeit, daß er schließlich durch allgemeine Schlußrufe am Wetterreden gesindert wurde.

Kollege Cohen (Deutscher Metallarbeiter-Verband) ging auf die Ausführungen des Kollegen Weston vom Tage vorher ein. Die 18 Gewerkschaften, um die es sich im erwähnten Falle handelte, liegen alle in England. Es ist doch merkwürdig, daß diese Gewerkschaften mit einer einzigen Ausnahme alle „keine Zeit“ hatten. Dies scheint nicht nur als eine Unmöglichkeit, sondern auch als ein Mangel von Respekt vor den in Bücheln selbst mitgeführten Beschlüssen. Redner ging sodann auf die Abneigung der englischen Organisationen gegen Gegenseitigkeitsverhältnisse ein. Fürchten die englischen Kollegen, daß es ihnen Geld lohnen wird? Wenn das der Fall ist, so sind wir bereit, auf der Bank von England eine Summe zu deponieren, woran die englischen Gewerkschaften sich schädlos halten können. Wir stehen in solchen Gegenseitigkeitsverhältnissen zu den skandinavischen, den österreichischen und den schweizerischen Organisationen. Es kommen von deren Mitgliedern viele zu uns; alle werden aufgenommen, unterstützt und sie gehören zu uns. Von England kommen wenige zu uns, ebenso wie von uns wenige Kollegen nach England gehen. Kosten wird es also nicht machen. Redner wandte sich noch kurz gegen Werrheim.

Kollege Saube (Deutschland, Kupfer-Schmiede) unterstützte die Ausführungen des Kollegen Cohen.

Hobson (Sekretär der britischen Sektion) machte längere Ausführungen, um zu erklären, wie es nicht möglich war, die Beschlüsse so auszuführen, wie es notwendig gewesen wäre. Redner hatte sich bei seiner Korrespondenz mit den angeschlossenen britischen Gewerkschaften nie über Unzufriedenheit zu beklagen. Die englischen

Organisationen sind ebenso sehr bestrebt, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, wie die anderer Länder. Wir haben in England mehrere hundert Gewerkschaften, die zum Teil nur Lokalorganisationen sind, im allgemeinen aber ihre Aufgaben betriebend lösen. Sie sind auch der allgemeinen Föderation der Gewerkschaften angeschlossen, die für sie sehr wichtig ist, desgleichen der Arbeiterpartei, die ihre politischen Interessen vertritt. Dann kommen noch die Föderationen in den einzelnen Industriezweigen, zum Beispiel im Schiffbau, wo eine Anzahl von Gewerkschaften mit zusammen 300 000 Mitgliedern föderiert ist. Es kommen auch noch weitere Föderationen in Betracht. Eine Bewegung zur Verbesserung der Lage ist ebenfalls vorhanden. Am 16. dieses Monats wird in Sheffield eine Konferenz von 27 Gewerkschaften stattfinden, die sich mit der Verschmelzungsfrage beschäftigen wird. Auch wird nächsten Samstag in London eine ähnliche Zusammenkunft abgehalten werden.

Redner betonte ferner, daß er nichts veräußert habe, was er tun konnte, um die Metallarbeiter Großbritannien dem Bunde zuzuführen. Es gibt hier 1.600 000 Metallarbeiter in einer großen Zahl von Gewerkschaften und unter diesen sei keine, an die er nicht geschrieben habe, nicht nur einmal, sondern wiederholt. Er werde in diesen Bestrebungen nicht ablassen und hoffe, daß sie von Erfolg sein werden. Er machte diese Angaben nicht, um sich zu entschuldigen, sondern um die Gründe zu erklären, weshalb die Versuche, die in England gemacht worden sind, nicht den wünschenswertesten Erfolg gehabt haben. Er machte folgende Bemerkungen zur Unterstützung des Liebes: Erscheinen der Internationalen Metallarbeiter-Konferenz am 1. jeden Monats. Es sei vorgekommen, daß man Rummern erhalte, die zwei, fünf oder sechs Monate alt sind. Ferner sollte sie so erweitert werden, daß sie für alle Branchen der Metallindustrie Interessantes enthält und der Preis sollte so weit erniedrigt werden, daß er nur einen Penny betrage, so daß die Zeitschrift unter den Mitgliedern verkauft werden könne. Sodann müsse die Exklusive mehr Sitzungen abhalten.

Kollege Wallis erklärte sich mit der Tendenz der Rede Hobsons einverstanden. Man brauche nicht mit Verachtung auf die Engländer zu blicken, weil sie nicht alles verwirklicht hätten, was schon auf dem Kontinent verwirklicht worden sei. Wenn man ein neues Haus baue, so könne man es aufs modernste einrichten; ein altes Haus könne man aber nur vorzüglich renovieren. Man solle nicht vergessen, daß sie ein altes Haus seien, das schon gebaut war, als man auf dem Kontinent noch keinen Stein gelegt hatte.

Kollege Hobson (Eisen- und Stahlarbeiter, Großbritannien) bemerkte, seine Gewerkschaft habe 17 Wochen lang einen Streik gehabt, der jede Woche 260 £ erfordert habe. Der internationale Bund habe aber nicht nur keine Unterstützung geleistet, sondern auch nicht einmal seine Sympathie ausgedrückt. Redner bemängelte ferner das späte Erscheinen des Berichts.

Kollege Nuff (Deutscher Metallarbeiter-Verband) wunderte sich über den Optimismus des Kameraden Hobson, der da glaubt, man könne die Internationale Metallarbeiter-Konferenz so ausgestalten, daß sie von der Masse der britischen Kollegen gekauft werde. The Metal Worker, die von Kameraden Hobson sehr gut redigierte Zeitschrift der Britischen Metallarbeiter-Föderation, habe doch wegen Mangel an Abonnenten eingehen müssen. Vielleicht wäre es doch das Beste, wenn auch die britischen Gewerkschaften dazu übergingen, ihr Verbandsorgan den Mitgliedern unentgeltlich zu liefern.

Kollege Schlicke erklärte im Schlußwort, daß er sich Mühe gegeben habe, mit Italien in Verbindung zu kommen. Auf dem internationalen Metallarbeiterkongress zu Paris (1900) sei er mit dem Vorsitzenden der italienischen Organisation zusammengelommen. Dieser habe aber nachher ins Gefängnis wandern müssen und so sei die Verbindung wieder verloren gegangen. Neudings habe man sich wieder an ihn gewandt. Die italienische Organisation habe auf ihrem gegenwärtig stattfindenden Kongress den Anschluß an den Bund auf die Tagesordnung gesetzt. Hoffentlich sei auf dem nächsten internationalen Kongress auch Italien vertreten. Betreffend Spanien habe er sich bemüht, Adressen zu bekommen, zunächst vergeblich. Später habe er aus Spanien eine Anfrage erhalten und Material hingeschickt. Seitdem habe er nichts mehr gehört, bis man in der letzten Zeit Unterstützung für den Streik in Barcelona von ihm verlangt habe. Aus Portugal habe er noch keine Adresse; er werde sich aber bemühen, welche zu erhalten. Was die Haltung der Engländer betreffe, so habe er durch den Verkehr mit ihnen Verständnis dafür erlangt und deswegen auch keinen schärferen Ton ange schlagen. Sein schriftlicher Bericht sei so kurz gewesen, daß es den Delegierten möglich gewesen wäre, während der Sitzung den Bericht zu lesen, so daß die von einigen Delegierten erhobenen Beschwerden über das Erscheinen des Berichts eigentlich gegenstandslos seien. Ferner habe der Kampf auf den Werften und die Zeit, die das Uebersehen und das Truden erforderte, das Erscheinen des Berichts verzögert. Ganz besonders sei aber die Verzögerung dem späten Eintreffen der Berichte aus den einzelnen Ländern zuzuschreiben. Als Termin habe er den 1. Mai gesetzt gehabt; bis zum 1. Oktober habe er sie aber erst erhalten.

Zu den Vorwürfen des Kameraden Hobson habe er zu bemerken, daß es nach seiner Meinung besser sei, wenn die Kundschau pünktlich am 15. erdruhe, weil in diesem Falle die am Anfang jedes Monats erscheinenden Gewerkschaftsorgane in die Lage kämen, das darin gebotene Material zu benutzen, ehe es veralte. Daß die Kundschau nicht immer pünktlich erschienen sei, habe an Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Materials und der Uebersetzung gelegen. Bezüglich der Ausnahmestellung habe es ihm ferngelegen, dem Kameraden Hobson einen Vorwurf zu machen, denn Hobson habe vollkommen seine Schuldigkeit getan. Hobson habe trotz größter Bemühungen nicht den genügenden Einfluß auf die britischen Gewerkschaften ausüben können. Schlicke sprach sich ferner gegen regelmäßige Sitzungen des Zentralkomitees aus; gegen öftere Sitzungen nach Bedarf habe er jedoch nichts einzuwenden. Auf den internationalen Kongressen verfahren wir nur geschäftlich miteinander. Um uns genauer kennen zu lernen, seien öftere Zusammenkünfte in kleineren Kreisen notwendig. Man solle sich aber nicht auf bestimmte Perioden festlegen.

Zur Beschwerde des Kameraden Hobson habe er zu bemerken, daß er von dem erwähnten Streik keine direkte Mitteilung erhalten habe. Auf Zeitungsnachrichten könne er sich nicht verlassen, weil diese nicht immer zuverlässig seien.

Der Kongress werde hoffentlich dazu beitragen, daß wir künftig besser zusammenarbeiten im Interesse des internationalen Metallarbeiter-Bundes und für die internationalen Interessen der Metallarbeiter. (Schluß folgt.)

### Rönnen Gelbe streifen?

Herr Dr. R. Fellingner, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Siemenskonzerns, hat im Septemberheft der Preussischen Jahrbücher einen längeren Aufsatz über die „Gelben Gewerkschaften“ veröffentlicht. Der Bund (Nr. 30) des Herrn oder der Frau Gehus beschäftigt sich sehr ausführlich mit der Arbeit des Herrn Dr. Fellingner und bemerkt sich gleich mit der Arbeit des Herrn Dr. Fellingner und bemerkt sich gleich diesem den Nachweis zu führen, daß die gelben Vereinsgebilde keine Gemeinschaft von Reräten und Streikbrechern seien, sondern sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß auch die gelben Vereinigungen unter Umständen zur Durchsetzung ihres Willens kämpfen, das heißt streifen werden. Beim Lesen der Fellingnerschen Ansichten und Argumente drängt sich einem die Frage auf: Ist der Herr Doktor wirklich so „naiv“, oder stellt er sich nur so? Wir wollen zu Gunsten des Herrn das Letztere annehmen. Wir wollen es ihm schließlich nicht verübeln, daß er die von ihm gebrauchten und schließlich das Gelbe herauszustreichen versucht, nur kann man den Herrn mit dem Doktorhut verlangen, daß er etwas weniger jahrmärkliche Redeweise betreibt und daß er bei seiner Arbeit das „Rönnen Salz“ nicht vergessen sollte.

Es wird genügen, wenn wir uns hier mit den Auslassungen befassen, die sich der Bund zu eigen macht. Daß hier keine ehrliche, sondern nur rein agitatatorische Darstellungen und Abstriche vorliegt, erhellt der Satz, daß es „zurzeit kaum etwas auf sozial-

politischen Gebiet gibt, worüber so viel und so leidenschaftlich gesprochen wird, wie über die gelben Gewerkschaften“. So geht es eben. Wenn man ein Ding beim rechten Namen nennt, so heißt es, es werde geschimpft! Wir könnten den obigen Satz als plumpen Schwindel bezeichnen, aber wir würden uns dann wieder den Vorwurf zuziehen, daß wir schimpfen.

Selt wann beanspruchen denn die Gelben, daß ihre Vereinnahmungen als Gewerkschaften bezeichnet werden sollen? Aufgabe aller Gewerkschaften war bisher, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder, je nach Möglichkeit, zu verbessern und Verschlechterungen zu bekämpfen. Unterstützungsanstalten werden als Mittel zum Zweck nebenher eingerichtet. Daß die Unterstützungsfrage bei Streiks und Maßregelungen höher steht als bei den anderen Unterstützungsanstalten — und dies trifft wohl ausnahmslos bei allen Gewerkschaften, auch bei den kirchlichen Gewerkschaften und christlichen Organisationen zu — beweist zur Evidenz, daß der Hauptzweck der Gewerkschaften der von uns angegebene ist. Das findet auch in allen Statuten der Gewerkschaften an einleitender Stelle Ausdruck. Dagegen ist uns kein Statut der gelben Vereine bekannt, wo dieser Zweck präzis hervorgehoben wird. Wohl findet man eine verschämte und verkapulierte Andeutung in dem „Programms“ des Bundes der gelben Arbeitervereine von Berlin (1907). Dort heißt es in Punkt 1: „Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder.“ Wie das aber geschehen soll und kann, das zeigt der Punkt 5 des „Programms“: „Bekämpfung aller von irgendeiner Seite unternommenen Versuche, parteipolitische Agitation in die gewerkschaftliche Bewegung hineinzutragen sowie überhaupt aller Bestrebungen, die dahin gerichtet sind, die gewerkschaftliche Bewegung ihres rein wirtschaftlichen Charakters zu entkleiden. In Verfolg dieses Zieles daher auch Bekämpfung aller derartigen Streiks, Sperren, Verweigerungen u. s. w., die irgendeinem andern Zwecke dienen sollen, als dem der äußersten Notwehr gegen unzureichende ernsthafte Schädigungen der Arbeiterinteressen.“

Wenn man diesen Programmpunkt über Gebühr zugunsten der Gelben auslegen will, dann würden sie Streiks z. B., die als äußerste Notwehr anzusehen wären, nicht bekämpfen. Hier wäre also vielleicht der Fall gegeben, wo die Gelben — nicht etwa mitzureden, sondern nur die Streikenden nicht bekämpfen, wo sie nicht Streikbrecher werden wollen. Wer entscheidet nun, ob die Streikenden in äußerster Notwehr handeln?

Daß die Organisationen im Falle des Streiks angetreten, wie von Schachmachersette so häufig behauptet wird, ist eine faulstiche Lüge, die dem Herrn Dr. Fellingner wohl bekannt ist. Wenn er versucht, die gleichen oder ähnlichen Behauptungen aufzustellen, so tut er es auf Kosten der Wahrheit. In dem angeführten Punkt 5 des „Programms“ ist klar und deutlich die Tendenz der gelben Vereine ausgedrückt: „Bekämpfung aller unzureichenden Streiks, Sperren u. s. w.“! Dadurch ermöglicht sich auch der Punkt 6 des „Programms“: „Erlangung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Dr. Fellingner behauptet von den Arbeitern der Siemensbetriebe, daß sie, als die freien Gewerkschaften bei der Firma „das große oder vielmehr das einzige Wort führten“, durch Streiks und immer wieder durch erfolglose Streiks in ihrer Verdienstmöglichkeit eingeschränkt wurden. Das steht jedoch im Widerspruch mit den Behauptungen der Direktion der Siemensbetriebe gegenüber den damaligen Arbeiterauschüssen.

Wie ist der von Dr. Fellingner vielgerühmte gelbe Verein bei Siemens entstanden? Durch das unsolidarische, verräterische Gebahren der gelben Elemente! Alle diese gelben Gebilde sind dort entstanden, wo andere Arbeiter im Kampfe standen. Im Streikbruch war Spielraum und Methode. Wie urteilte aber der Vorsitzende des Hannoverischen Gewerbegerichts, Gerichtsassessor Dr. Warmbold über Streikbrecher? „Streikbrecher sind, wie dem Gewerbegericht bekannt ist, moralisch minderwertige Menschen, die nach dem Streik wieder beschuldigen und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen!“

Es ist ein starkes Stück, zu behaupten, daß die Arbeiter durch die freien Organisationen geschädigt wurden. Diese Behauptung erhebt Herr Dr. Fellingner wider besseres Wissen. Es sei hier an die Auslieferung von 1905 erinnert. Am 21. August 1905 beschloß die Firma Siemens (nebst anderen Firmen) ein Zirkular des Inhalts, daß sie durch das Steigen der Preise für Rohmaterialien und Löhne ihre Preise mit dem Tage des Datums um 10 Prozent erhöhe. Im September forderten zirka 150 Schraubenmacher eine Minderung der von der Firma vorgenommenen „Regulierung“ der Preise, die in Wirklichkeit eine Verschlechterung darstellte. Es wurden den Arbeitern ungenügende Zugeständnisse gemacht und es kam zur Arbeitsniederlegung der 150 Mann am 19. September. Daraufhin drohte die Firma (in Gemeinschaft mit den A. G. B.-Werken, wo zu gleicher Zeit zirka 250 Lagerarbeiter streikten), wenn die Schraubenmacher nicht zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen, die Auslieferung von zirka 10 000 Arbeitern an. Die dürftigen Zugeständnisse wurden ohne weiteres zurückgezogen. Es kam zur Auslieferung. Zunächst von beiden Firmen gegen 10 000 Personen. Das ist Herr Dr. Fellingner alles bekannt! Trotzdem behauptet er — angesichts der Tatsache, daß wegen des Streiks von 150 Arbeitern die freien Organisationen die Arbeiter geschädigt wurden! — daß durch die freien Organisationen die Arbeiter geschädigt wurden!

Es sollen durch die Gelben für die Arbeiter bei Siemens Lohn-erhöhungen erzielt worden sein. Ueberall, wo sich Streikbrecher finden, kann man die Tatsache bezeugen, daß die Streikbrecher die von den Streikenden geforderten Löhne, oft oder vielmehr meistens bei ungenügender Leistung sogar noch höhere Löhne oder Preise erhalten, wenn auch nur vorübergehend. Es ist der Lohn für den Verrat und der Stöber, in Zukunft recht artig und anspruchlos zu sein. Über neu ist doch diese Methode nicht. Brot und Speise, Herr Doktor! Nur schäbig und unfair handelt der, der solche Mittel anwendet, um der, der sich der Unwürdigkeit der Mittel bewußt ist und sich darunter beugt. Bedauerlich ist der, der sich aus Unwissenheit durch diese Mittel fördern läßt.

Auch die verhältnismäßig hohen Subventionen der Unternehmer an die gelben Vereine sollen keinen Verrat darstellen. Ein Verrat würde es (nach Dr. Fellingner) nur sein, wenn die Gelben das Versprechen abgegeben hätten oder würden, niemals mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Fellingner folgert nun, daß die gelben Vereine regelrechte Gewerkschaften seien, daß sie Forderungen — nicht nur in bittender Form — aufstellen und nötigenfalls ihrer Forderung und ihrem Willen durch Widerstand Nachdruck verleihen können. Unter dem Widerstand versteht auch Herr Fellingner die Arbeitsverweigerung, den Streik. Daß zum Streifen Mittel gehören, weiß auch er. Da die Gelben aber mit ihren Vereinsmitteln nicht streifen dürfen (§ 19 des Statuts der Siemensischen Gelben lautet: „Die Verwaltung des Vereins unterliegt der Aufsicht des königlichen Polizeipräsidenten in Berlin“), so hält Fellingner es für angängig, daß die Gelben „neben ihren tagungsmäßigen Beiträgen, deren Verwendungszweck festgelegt ist, besondere Beiträge sammeln, zu welchen Zwecken sie immer wollen.“

Ob Dr. Fellingner selbst an das glaubt, was er da geschrieben hat? Wir haben die Auffassung, daß er der erste wäre, der die maßregeln würde, die einen solchen Antrag im gelben Verein stellen würden! Zum Streifen gehören auch tüchtige Streikbrecher. Aber nicht in dem Moment, wo Dr. Fellingner die Möglichkeit eines Streifes der Gelben in Aussicht stellt, beschloß der Bundestag derselben einen in Braunschweig in einer einstimmig angenommenen Resolution, das gesetzliche Verbot des Streiks doch zu bekräftigen!

Wie lange und wie viel mühten die Siemensischen Gelben Beiträge zahlen, wenn sie nur vier Wochen streifen wollten? Im Jahre 1908 wurde die Zahl der Siemensischen Gelben auf zirka 8000 angegeben. Nehmen wir an, diese 8000 würden streifen und sehen wie die Unterabteilung auf 12. // pro Woche im Durchschnitt und die Dauer des Streiks auf nur vier Wochen an. Wenn der „Streikbeitrag“ auf die kolossale Höhe von 50 S pro Woche festgesetzt

würde (die Gelben würden dabei austreten wie Schafleder), dann gehörten 96 Wochen dazu, um die nötige Summe von 384 000 M. zusammenzubekommen. Ein schöner Streik das, der zu seiner Vorbereitung 96 Wochen beanspruchte!

Herr Fellingner sagt mit Recht: „Wenn sie (die Gelben) aber streiken wollen, so kann der Arbeitgeber sie so wenig daran hindern, wie früher.“ Gewiß nicht, aber sie wollen ja gar nicht, überhaupt niemals streiken! Und diese Hoffnung hat ja auch letzten Endes Dr. Fellingner.

Herr Fellingner glaubt an die Zukunft der Gelben. Das will besagen, daß er an eine gänzliche Korruption der deutschen Arbeiterklasse glaubt. Wir glauben nicht daran. Schon die politische Konfession sollte Herrn Fellingner eines besseren belehren. Aber auch sein guter Glaube ist etwas getrübt. Denn daß Sozialpolitiker, die er selbst als solche bezeichnet, ausgesprochene Gegner der Gelben sind, das kommt ihm hart an. Deshalb kommt es ihm gelegen, daß ein Dr. Hugo Bötinger sich anerkennend über die Gelben äußert, die — nach seiner Meinung — in der Arbeiterbewegung praktischen und nüchternen Sinn verbreiten. Aber auch wir wollen Stimmen über die Gelben, zu Nutz und Frommen des Herrn Dr. Fellingner zu Worte kommen lassen. Auf dem Kongreß der Abteiler am 6. Juli 1908 äußerte sich Pfarrer K o r r e l :

„Nach den Erfahrungen aus meinem Wahlkreis fällt die Gründung einer gelben Gewerkschaft stets zusammen mit der Herausdrängung aller organisierten Arbeiter aus den Betrieben... Die Protokollen der gelben Gewerkschaften sind die Hintermänner des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der den politischen Kampf in ganz Deutschland (lebhaft Zustimmung) und die Kriegsbereite mit ihrem militärisch reglementierten Geiste und ihrer Gefinnungskriecherei... (Lebhafter Beifall.)“

Die gelben Gewerkschaften sind eigentlich nur eine Zusammenfassung der unorganisierten Arbeiter. Sie aber habe stets gefunden, daß die organisierten Arbeiter, auch wenn sie ungläubig waren, die stützenden Säulen waren.“

In dem Arbeiterjahrbuch der Hilfe 1909 führt der liberale Reichstagsabgeordnete Kommerzienrat M a n z (Darmstadt) über die gelben „Gewerkschaften“ folgendes aus:

„... Zu unterscheiden haben wir lediglich zwei mit aller Schärfe, ob der Verein — offen oder verdeckt — auf das Streikrecht beruht und damit die Koalitionsfreiheit seiner Mitglieder zunichte macht, und ob er sich nicht die Aufgabe stellt, die bestehenden Arbeiterorganisationen zu schwächen, indem er ihnen Mitglieder absperrt und ihnen bei Gelegenheiten in den Rücken fällt. Solche Vereine verdienen, als gelbe bezeichnet zu werden und haben das Stigma als Verräter der Arbeiterrechte zu tragen... Noch ist es Zeit, eine reinliche Scheidung vorzunehmen und sich von dem Verdacht zu reinigen, als ob man bei der gewiß berechtigten Bekämpfung der zersetzenden sozialdemokratischen Propaganda so weit über das Ziel schießt, daß man das wichtigste Recht der Arbeiter, das Recht des Zusammenschlusses zur Erreichung günstiger Arbeitsbedingungen vernachlässigen oder gar untergraben wolle... So waltet hier nicht die freie Selbstbestimmung der Arbeiter, sondern der Druck der Arbeitgeber. Um eines geringen Vorteils, einer Geldprämie willen oder wegen der Aussicht auf eine Unterführung in der Zukunft, die ihm wie ein Söder hingehalten wird, verkauft ein solcher Arbeiter sein ihm vom Gesetz gewährleistetes Koalitionsrecht... Das läßt deutlich erkennen, wohin der Weg führt, damit dem Arbeiter das Koalitionsrecht verloren geht, ohne daß es ihm recht zum Bewußtsein kommen soll. Sie und da ein Zudeckbrot, eine Spende in die Kasse des Vereins und hinterdrein die Beihilfe in der Form eines Abhängigkeitsverhältnisses, das den Arbeiter zu einem Lohnsklaven entwürdigt.“

Daß E h e n d o r f a r t h die Gelben als Verräter bezeichnet hat, daß der Kongreß der nationalen Arbeiter 1907 weit von den Gelben abtrat, das ist hier nebenbei bemerkt.

Was in allem: Dr. Fellingner hat ja wegen seiner Stellung alle Veranlassung, für die Gelben Propaganda zu machen. Von dem Generalsekretär der Berliner Metallindustriellen, K a s s e, wissen wir, daß er bezahlter Mitarbeiter des Lebensischen Bund war. Von Herrn Fellingner ist etwas berichtigtes nicht bekannt. Aber er wird selbstverständlich die Kameradschaft nicht ihrer selbst willen loben. Das glaube ihm, wer will. Jeder Einzelne, wenn er nicht Eingeweihter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist, wird mit uns der Meinung sein, daß die gelben Organisationen S e h r e i t e sind. Sie können zwar in einigen Betrieben dominieren, aber niemals größeren Einfluß allgemein gewinnen. Aber wie ein paar Tropfen ähler Flüssigkeit genügen, ein Gefäß reinen Wassers zu trüben, wie der Pestbazillus durch strenge Quarantäne isoliert werden muß, so muß die gelbe Pest auf gewisse Kreise beschränkt bleiben. Aus Reinlichkeitsgründen!

den darf. Dazu konnten sich aber die bürgerlichen Parteien nicht entschließen. Sie begnügten sich damit, in Sachen der Unfallversicherung den Rückurs zuzulassen. Im übrigen, also in Sachen der Kranken- sowie Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung soll nur die Revision gestattet sein. Aber auch diese Rechtsmittel sind für einen Teil der Streitfälle ausgeschlossen worden. Schon der Entwurf hatte eine ganze Reihe von Streitfällen geringerer Bedeutung angeführt, in denen die Oberversicherungsämter endgültig entscheiden sollten. Die Kommission stimmte den meisten dieser Vorschläge zu.

Bei Anträgen auf Leistungen der Krankenversicherung sollte die Revision aber auch dann ausgeschlossen sein, wenn es sich um Fälle handelt, in denen die Berufung zurückgewiesen worden ist, also bereits das Versicherungsamt und das Oberversicherungsamt zu demselben Urteil gekommen sind. Diesen Grund hatten die Versicherungen nicht nur für die Entscheidung der Streitfragen aus der Krankenversicherung vorgebracht, sondern einen ihm entsprechenden Vorschlag auch für das Zivilprozeßrecht gemacht, was aber der Reichstag inzwischen bereits abgelehnt hat. Infolgedessen wurde auch in der Reichsversicherungsordnung mit Zustimmung der Regierungen diese Ausnahme vom dem Rechte, Revision einzulegen, gestrichen. — Bei Anträgen auf Leistungen der Unfallversicherung sollte nach dem Entwurf der Rückurs auch bei allen Feststellungen der Entschädigung nach Aenderung der Verhältnisse ausgeschlossen sein. Hiergegen wandten sich die Sozialdemokraten ganz besonders. Bekanntlich haben manche Berufsgenossenschaften gelernt, immer wieder eine neue angebliche „Verbesserung“ in dem Zustand eines Verunglückten zu entdecken und dann die Rente herabzusetzen oder ganz zu entziehen. Dagegen müssen sich die Arbeiter aufs äußerste wehren und deshalb konnten sich die Sozialdemokraten nicht mit der Aufhebung des Rückurses in solchen Fällen einverstanden erklären. Andererseits gaben sich die Konservativen große Mühe, gerade diesen Vorschlag des Entwurfs, wenn auch in abgeschwächter Form, zur Annahme zu bringen. Schließlich wurde er jedoch abgelehnt.

Sehr bedauerlich ist dagegen, daß eine andere von den Konservativen und Nationalliberalen angeregte Verschlechterung angenommen worden ist. Danach können neue Tarifverträge und Beweismittel, soweit die Höhe der Rente Gegenstand des Rückurses ist, im Rückursverfahren nur dann berücksichtigt werden, wenn sie ohne Verschulden der Beteiligten im vorausgegangenem Verfahren nicht geltend gemacht werden konnten; ein neues ärztliches Gutachten ist auch in der Rückursinstanz zulässig. Hierdurch wird es einem Verletzten, der verkränkt hat, sofort die Hilfe des Arbeitersekretariats in Anspruch zu nehmen, aufs äußerste erschwert, sein Recht zu finden, und für diese Verschlechterung haben die „Fortschrittler“, Herr Dr. W u g d a n und seine Freunde, den Ausschlag gegeben.

Ebenso ist es bedauerlich, daß die Sozialdemokraten bei dem Abjournieren über die Wiederaufnahme des Verfahrens mit einem wichtigen Verbesserungsvorschlag nicht durchgedrungen sind. Die Wiederaufnahme des Verfahrens soll nach dem Entwurf unter anderem nur dann zulässig sein, wenn durch Beerdigung eines Zeugnisses oder Gutachtens der Zeuge oder Sachverständige die Eidespflicht verlehrt hat. Im Verjährungsverfahren werden aber die Zeugen durchaus nicht immer verleidet. Es ist vorgekommen, daß Ansprüche des Verletzten zurückgewiesen wurden, weil Zeugen in nicht beschworenen Aussagen vor Gericht die Unwahrheit gesagt haben. Sieht sich später diese Unwahrheit heraus, kann der Geschädigte trotzdem wieder die Aufnahme des Verfahrens nicht erreichen, weil der Zeuge nicht verleidet worden ist. Ob aber der Verletzte durch eine beschworene oder nichtbeschworene Aussage um sein gutes Recht kommt, in beiden Fällen müßte er die Möglichkeit haben, noch nachträglich durch Wiederaufnahme des Verfahrens sein Recht zu erlangen. Die Sozialdemokraten beantragten diese Erweiterung des Wiederaufnahmeverfahrens, welchen Antrag die bürgerlichen Parteien aber leider ablehnten.

Der Rest des Entwurfs wurde mit unwesentlichen Aenderungen angenommen. Durch zwei von der Kommission beschlossene Resolutionen wird die Regierung er sucht, auf allen Unterständen und technischen Hochschulen Lehrstühle für soziale Medizin, Sozialversicherung und Arbeitergesundheitslehre zu errichten.

Das Ergebnis der ersten Lesung für die Arbeiter ist: mehrere kleine Verbesserungen, aber Nichterfüllung der wichtigsten Forderungen der Arbeiter. Nur kräftigster Agitation dürfte es gelingen, die Aussichten für die zweite Lesung zu verbessern.

### Aus den einzelnen Branchen.

#### Reichskonferenz der Feilenarbeiter, abgehalten am 24. Okt. 1910 im Gewerkschaftshaus in Düsseldorf.

Die vom Vorstand für den 10. Oktober projektiert gemeinere Konferenz war wegen der drohenden Gesamtamtsprüfung zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt worden, dann wurde sie auf den 24. Oktober festgesetzt. — Die Konferenz wurde vormittags 10 Uhr vom Kollegen B e r n e r (Stuttgart) als Vertreter des Vorstandes eröffnet. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt: 1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Feilenindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Tarifvertrags. 2. Der Streit in Remscheid. 3. Die Entwicklung des Arbeitsnachweises in der Feilenindustrie. Die Referate hatten übernommen: zu Punkt 1 Kollege K u r t h (Witten), zu Punkt 2 Kollege B ö l l e r (Remscheid) und zu Punkt 3 Kollege B e r n e r.

Kollege S p i e g e l begrüßte die Eröffnungsrede im Namen der Bezirksleitung des rheinischen Bezirks und wünschte den Verhandlungen im Interesse des Verbandes und der im Feilenhandwerk Beschäftigten besten Erfolg. In das Bureau wurden gewählt: Kollege G o h r (Remscheid) als Vorsitzender, S e r l e h (Witten) als Schriftführer und K o l l e g e G r u b e (Witten) als Führer der Reduktion.

Kollege K u r t h leitete sein Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung mit einem historischen Rückblick ein, in dem er wies, daß die Feile schon in sehr früher Zeit ein notwendiges Hilfsmittel bei der Arbeit war, das mit der Entwicklung und dem Fortschreiten der Industrie immer ausgedehntere Anwendung fand. Die Entwicklung der Feilenindustrie habe aber mit der Entwicklung der Gesamtindustrie nicht immer gleichen Schritt gehalten. Die Feilenindustrie war und ist heute noch beherrscht durch Spezialwerkzeugmaschinen, als das sind: Schleif-, Sägen-, Hobel-, Fräs- und Einstanzmaschinen, den Gebrauch der Feile ermöglichten einseitig und an Stelle der Handarbeit in der Feilenindustrie der Maschinenarbeit Eingang zu verdrängen. Durch die Einführung der Feilenbau-, Schleif-, Feil- und sonstiger Hilfsmaschinen in der Feilenindustrie wurde die Handarbeit immer mehr verdrängt und die Konzentration der Produktion bedeutend gefördert, wodurch der handwerkliche Betrieb, der in dieser Industrie vorherrschte, immer mehr zurückgedrängt wurde. Der Vergleichsmaßstab des Kleinbetriebs gegen den Großbetrieb und die technische Entwicklung ist auch nicht ohne nachteiligen Einfluß auf die Lebenslage der im Beruf tätigen Arbeiter geblieben. Dieser nachteilige Einfluß kommt zur Geltung in der noch allgemein üblichen langen Arbeitszeit, den mangelhaften sanitären Betriebsverhältnissen und den äußerst niedrigen Löhnen. Weiter wies er auf die Notwendigkeit hin, daß die Arbeitszeit in der Feilenindustrie länger ist als in anderen Branchen und daß auch die Löhne unter dem Durchschnitt der Löhne liegen, die in anderen Industrien für qualifizierte Arbeiter bezahlt werden. Da die Arbeit in der Feilenindustrie zu den schwersten gehört und mit großer Gefahr für die Gesundheit der Arbeiter verbunden ist, muß eine entsprechende Verlangung der Arbeitszeit bessere Bezahlung und Entschädigung und Ausbau der vorant men sanitären Einrichtungen mit allem Nachdruck angestrebt werden. Zur Durchführung dieser Forderungen und zur Gewährung der Sicherheit derselben ist ein als geeignetes Mittel der Tarifverträge. Wenn man aber die Entwicklung des Tarifvertrags in der Feilenindustrie verfolgt, so ist der bisherige Erfolg nicht ermutigend. Obwohl der Tarifvertrag in der Feilenindustrie früh Eingang gefunden, sind in dem letzten Jahrzehnt keine wesentlichen Fortschritte gemacht worden.

Durch sorgfältig ausgearbeitete Diagramme zeigte der Referent die Entwicklung des Tarifvertrags. Die Zahl der Tarifverträge und die Zahl der zu tariflichen Arbeitsbedingungen im Feilenhandwerk Beschäftigten hatte im Jahre 1907 den höchsten Stand erreicht, ist aber dann wesentlich zurückgegangen, sowohl was die Zahl der tariflich entlohnten Arbeiter, als die Zahl der bestehenden Tarife betrifft. Eine Erscheinung, die der Redner darauf zurückführte, daß die Feilenarbeiter dem Berufsgedanken noch nicht allenthalben das notwendige Interesse entgegenbringen und daß in den Jahren der Hochkonjunktur eine Anzahl Tarife abgeschlossen wurden, die aber während der Krise nicht zu halten waren, weil die Organisation hierzu an den betreffenden Orten nicht stark genug war. Aus diesen Gründen sei auch der Abschluß eines Reichstages, den viele Kollegen als das Allheilmittel der Misere im Feilenhandwerk betrachten, nicht möglich. Zum Abschluß eines solchen Tarifes gehörten zwei starke Kontrahenten, die eine genügende Bürgschaft für die Einhaltung des Tarifes übernehmen könnten. Hieran fehle es auf beiden Seiten. Der Mangel einer guten Organisation mache sich in keiner anderen Industrie, besonders bei den Arbeitern, in der Weise geltend, wie in der Feilenindustrie. Nach den Erhebungen des Vorstandes im Jahre 1905 gehörten 46 Prozent der Feilenarbeiter, die durch die Aufstellung erfasst wurden, der Organisation an. Das Verhältnis sei aber viel ungünstiger. Rege man die Zahl der 1907 amtlich ermittelten Feilenarbeiter der Berechnung zugrunde, so seien nur 25 Prozent der in der Feilenindustrie tätigen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Es gebe noch Orte, in denen die Organisation bei den Feilenarbeitern überhaupt noch keinen Eingang gefunden hat. Was uns nun tue, sei ein kräftiger Ausbau der Organisation, woran jeder Berufskollege mitarbeiten müsse. Hätten wir das Ziel erreicht und den letzten im Beruf tätigen Kollegen und jede tätige Kollegin in unsern Verbände zugeführt, dann würde es uns auch gelingen, allenthalben für die Arbeiter vorteilhafte Tarifverträge durchzuführen. Dabei müßten wir bestrebt sein, die abzuschließenden Tarifverträge möglichst zu vereinheitlichen und die bestlich abgeschlossenen Tarife auf immer größere Geltungsbereiche auszudehnen, so daß wir infolge des einheitlichen Abschlusses von Ortsarbeitsverträgen immer weitere Ausdehnung zu Tarifen für bestimmte Landesteile kommen und schließlich auf diesem Wege zu einem Reichstareif. Zur Erreichung dieses Zieles könne eine Zentralstelle für das Feilenhandwerk von großem Nutzen sein. Diese Zentralstelle hätte das einschlägige Material zu sammeln und die Aufgabe, Regel und System in die Tarifbewegungen zu bringen.

In der Diskussion pflichteten die meisten Redner den Ausführungen des Referenten bei, zum Teil ergänzten sie seine Ausführungen durch düstere örtliche Stimmungsbilder, aus denen hervorging, daß die Organisation der Feilenarbeiter und analog dieser die Lohn- und Arbeitsbedingungen äußerst schlecht und sehr verbesserungsbedürftig sind. Einzelne dieser Schilderungen gewährten auch einen Einblick, wie weit die Technik in der Feilenindustrie Eingang gefunden hat. So wurde aus Eßlingen berichtet, daß in der Feilenfabrik der Firma W i d die großen Feilen mit Luftfedern geschmiedet werden, die kleinen (Nadeln) durch sogenannte Reduziermaschinen ihre Form erhalten. In der Maschinenbauerei sind außer Feilenbau- auch Raspelhaummaschinen sowie Feil-, Meißel-, und Dreihmaschinen in Tätigkeit. Das Gölhen der Feilen erfolgt in Gasöfen, das Erhitzen zum Härten zum Teil in flüssigem Blei. Die Frage, ob es zweckmäßig sei, einen Reichstareif nur Reichstareif anzustreben, wurde von fast allen Rednern verneint. Allgemein wurde die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit und der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt und gefordert, daß die abzuschließenden Tarife in Zukunft ein einheitliches Gepräge erhalten. Die A b s c h l u s s d e r A k t i o n wurde in der Diskussion ebenfalls lebhaft erörtert. Ein diesbezüglicher Antrag wurde von den Kollegen S a a d, B o r h ö l z e r, J e r n i e und anderen lebhaft beipflichtet. Allgemein wurde die Undurchführbarkeit dieser Forderung anerkannt und schließlich der betreffende Antrag zurückgezogen. Auch die Notwendigkeit der Errichtung einer Zentralstelle wurde verneint, weil die Arbeiter in der Feilenindustrie eine solche schon in dem Vorstand des Verbandes besitzen. Auch der Antrag zu diesem Punkte wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

In seinem Schlußwort wandte sich der Referent gegen die schlechte Auffassung, die keine Ausführungen über den Reichstareif und die Errichtung einer Zentralstelle gefunden hatten. Was er wolle und was unter den gegenwärtigen Organisationsverhältnissen zu erreichen, sei die Verallgemeinerung und Vertiefung des Tarifgedankens unter den Feilenarbeitern und größere Vereinheitlichung der abzuschließenden Tarife. Aber er habe die Auffassung, daß, wenn die Feilenarbeiter im Verbands ihre Pflicht tun und dafür sorgen, daß auch der letzte Feilenarbeiter und die letzte Feilenarbeiterin dem Verbands zugeführt werden, es gelingen wird, eine durchgreifende Verbesserung der Lage der Feilenarbeiter zu erreichen.

Die folgende Resolution und die folgenden drei Anträge wurden einstimmig angenommen:

Resolution: „Die am 24. Oktober 1910 in Düsseldorf tagende Reichskonferenz der in der Feilenindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen ist der Ansicht, daß die Verhältnisse innerhalb dieser Industrie unbedingt der Verbesserung bedürfen.“

In Erwägung dessen bedarf es einer guten Organisation, an der es gerade in diesem Beruf mangelt.

Die Konferenz macht es daher den Verwaltungen respektive den Kollegen zur Pflicht, mehr als je die Inoffizienten der Organisation zuzuführen, damit durch eine starke Organisation die tiefstaurigen Verhältnisse geändert werden können.“

Anträge: 1. „Den Vorstand zu ersuchen, über die Verhältnisse der Feilenarbeiter zu gelegener Zeit eine Untersuchung anzustellen.“

2. „Da die immer wiederkehrenden Bleierkrankungen in unserm Beruf eine schwere wirtschaftliche Schädigung der in der Feilenindustrie beschäftigten Arbeiterkraft bedeutet, erwartet die am 24. Oktober 1910 in Düsseldorf tagende Reichskonferenz der Feilenarbeiter Deutschlands, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Wälde einen Gesandtschaftsentsand und mit ausreichendem Material zur Begründung der sozialdemokratischen Forderung des Reichstages übermitteln, die demselben beim Reichstag in Einlauf und nach Möglichkeit dessen Annahme befürworten soll.“

3. Kollege K u r t h soll nach Verständigung mit dem Vorstand die in seinem Referat entwickelten Grundzüge und Anschauungen zu einer Agitationschrift für die Feilenbauer ausarbeiten.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung führte Kollege B ö l l e r aus: Die Ursache des Kampfes in Remscheid sind die fortgesetzten Abfordrungen bei den Maschinenbauern. Obwohl wir als Grundlage zu unseren Forderungen Lohnsätze genommen haben, die durch schon bestehende Abfordrungen zum Teil überholt sind, weigerten sich die Unternehmer, auf unsere Forderungen einzugehen. Ihren ablehnenden Standpunkt begründeten sie damit, daß die Möglichkeit nicht bestehe, einheitliche Abfordrungen für alle Maschinenbauer durchzuführen. Das wollen auch wir nicht, darum haben wir für die einzelnen Maschinenbauer besondere Lohnsätze in unseren Forderungen vorgelesen. Der Stand des Kampfes ist trotz der langen Dauer außerordentlich günstig, denn noch hatten sämtliche Ausständigen im Kampfe aus und es ist auch in Zukunft an eine Unterwerfung unter den absoluten Unternehmervillen nicht zu denken. Daß dieser Kampf so lange dauert, liegt daran, daß viel Streikarbeit außerhalb Remscheid angefertigt wird. Redner ermahnte die Delegierten, in ihren Heimatorten dahin zu wirken, daß Streikarbeit für Remscheid unter allen Umständen zu vermeiden wird. Der Ausgang des Kampfes, den die Remscheider Kollegen üben, wird nicht nur Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Remscheid haben, sondern für die gesamten Kollegen in der Feilenindustrie.

Folgende, von K o h r (Lottum) eingebrachte Resolution wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen:

Die am 24. Oktober 1910 im Volksbau in Düsseldorf tagende Reichskonferenz der Feilenarbeiter Deutschlands drückt nach einem Referat über den Feilenarbeiterstreik in Remscheid den kämpfenden

## Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

### XV.

Der letzte wichtigere Abschnitt des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung regelt das Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt und den Landesversicherungsämtern, also vor den höchsten Instanzen für die Streitfragen aus der Arbeiterversicherung. Die Regierungen legen diesem Abschnitt einen besonderen Wert deshalb bei, weil das Reichsversicherungsamt schon jetzt angeblich sehr belastet ist, daß es seiner wichtigsten Aufgabe, eine einheitliche und dem Zweck der Arbeiterversicherungsgesetze wirklich entsprechende Rechtsprechung zu liefern, kaum mehr gerecht werden könne. Nach den bisherigen Beschlägen der Kommission war damit zu rechnen, daß die Arbeitslast des Reichsversicherungsamtes noch viel mehr zunehmen würde. Das ergibt sich schon aus der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die landwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Arbeiter z., aus der Erweiterung der Invalidenversicherung zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und aus der Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes auch für die Unfallversicherung, die nach dem geltenden Gesetz ausgeschlossen ist. Außerdem sollte nach dem Entwurf das Reichsversicherungsamt durch die erweiterte Zuständigkeit der Landesversicherungsämter an Stelle des Reichsversicherungsamtes ausgelastet werden, die Kommission hatte jedoch die Landesversicherungsämter gestrichen und damit auch die vorgeschlagene Entlastung des Reichsversicherungsamtes auf diesem Wege vereitelt. Um so mehr drängten die Regierungen dahin, daß das Reichsversicherungsamt auf einem anderen Wege in möglichst weitgehendem Maße entlastet werde.

Als das hauptsächlichste Mittel zur Entlastung des Reichsversicherungsamtes hatte der Entwurf vorgeschlagen, daß gegen die Urteile der Landesversicherungsämter nur noch die Revision zulässig sein soll. Die Revision kann nur dann geprüft werden, daß

- 1. das angeführte Urteil auf der Nichtanwendung oder auf der nachlässigen Anwendung des bestehenden Rechtes oder auf einem Verstoß wider den Inhalt der Akten beruht;
- 2. das Verfahren auf wesentlichen Mängeln leidet.

Dagegen ist nach dem geltenden Gesetz in Unfallversicherungsstreitigkeiten weiches der Rückurs (die Berufung) an das Reichsversicherungsamt gestattet, und dass nach das Reichsversicherungsamt die Streitfrage wieder von Grund aus prüfen und das Urteil in freier, selbständiger Würdigung aller Tatsachen fällen.

Als den jüngsten Verhandlungen der Kommission hatte sich bereits ergeben, daß alle Parteien des Reichsversicherungsamtes als Revisionen beibehalten wollten, weil das Verfahren vor den meisten Instanzen sich kaum vermeiden lassen würde. Die Sozialdemokraten konnten auch nach den Beschlägen der Kommission ihren Einspruch gegen die Beibehaltung des Reichsversicherungsamtes als Revisionsinstanz nicht zurückziehen, weil das Recht der Revisoren in den meisten Instanzen noch immer nicht genügend gewahrt erscheint. Aus diesem Grunde hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß gegen die Urteile der Landesversicherungsämter in allen Fällen Rückurs an das Reichsversicherungsamt eingelegt werden

Kollegen ihre vollsten Sympathien aus. Die Delegierten versprechen, in ihren Bezirken mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß der Kampf zugunsten der Remscheider Kollegen ausfallen möge und jede Streikarbeit zu verhindern, weil der eventuelle Erfolg der Remscheider Bewegung sämtlichen Kollegen in Deutschland zugute kommt.

Zum dritten Punkt, Arbeitsnachweis, führte Kollege Werner aus, die Feilenarbeiter hätten schon verhältnismäßig früh erkannt, daß der Arbeitsnachweis ein brauchbares Instrument im Kampfe um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen sei. Darum war der Arbeitsnachweis auf ihren Tagungen stets Gegenstand der Beratung und sie bemühten sich, ihn möglichst im ganzen Gewerbe zur Durchführung zu bringen.

Die Diskussion über diesen Gegenstand bewegte sich im Rahmen der Ausführungen des Referenten. Es wurde von allen Rednern gewünscht, daß die Kollegen dem Arbeitsnachweis mehr Beachtung schenken möchten und daß überall da, wo ein solcher noch nicht besteht, die Möglichkeit zur Durchführung aber vorhanden ist, Arbeitsnachweise eingerichtet werden.

Anträge lagen zu diesem Verhandlungsgegenstand nicht vor. Somit war die Tagesordnung erschöpft. In einem kräftigen Schlusswort ermahnte der Vorsitzende die Delegierten, im Sinne der getroffenen Verhandlungen und der gefassten Beschlüsse zu wirken. Gehebe das, dann würde der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo auch die Feilenarbeiter in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr hinter den Arbeitern anderer Berufe zurückbleiben.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 13. November der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. November 1910 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:  
Der Verwaltungsstelle Ufshersleben für erwachsene Mitglieder 10 % pro Woche, für jugendliche Mitglieder 5 % pro Woche;  
der Verwaltungsstelle Bitterfeld 25 % pro Woche auf die Dauer von 4 Wochen;  
der Verwaltungsstelle Kiel statt 5 %, 10 % pro Woche;  
der Verwaltungsstelle Straßburg 20 % pro Woche auf die Dauer von 5 Wochen.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 Abs. 1 a des Statuts:  
Auf Antrag der Bezirksleitung im 7. Bezirk:  
Der Metallarbeiter Fritz Wohlgenuth, geb. am 7. zu Essen, Lit. A. Buch-Nr. 304113, wegen Unterschlagung.

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:  
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Graudenz:  
Der Schlosser Emil Witte, geb. am 30. Jan. 1885 zu Varenhütte, Lit. A. Buch-Nr. 476023, wegen unfolgender Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stettin:  
Der Elektromonteur Emil Lehmann, geb. am 24. Nov. 1874 zu Stettin, Lit. A. Buch-Nr. 478499, wegen Streikbruch.  
Auf Beschluß des Vorstands:  
Der Klempner Artur Hegewald, geb. am 8. Febr. 1883 zu Penig, Lit. A. Buch-Nr. 480314, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.  
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.  
Auf Beschluß des Vorstands:  
Der Schlosser Hubert Grümmer, geb. am 19. Mai 1883 zu Nachen, Lit. A. Buch-Nr. 435692, wegen unfolgender Verhalten (Wietfeld).

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Remsberg:  
Der Maschinenbauer Robert Nielsen, geb. am 22. Okt. 1874 zu Ottenfen, Buch-Nr. 186972, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Anzuhaltend und an den Vorstand einzufendend ist:  
Buch-Nr. 906133, lautend auf den Schlosser Otto Bachmann, geb. am 24. Jan. 1882 zu Oberalfalter (Saalfeld).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rötterstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.  
Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

### Quittung

Über die vom 1. bis 31. Oktober 1910 bei der Hauptkassaeingegangenen Verbandsbeiträge.

- Von Altenburg 9000 M. Altötting 100. Altwasser 1000. Annaberg 200. Arnstadt 200. Artern 300. Aschaffenburg 500. Aue 7500. Augsburg 7200. Augsburg 300. Baden-Baden 100. Bergedorf 700. Berlin 120 000. Beuthen 150. Biberach 150. Bisingen-Bietigheim 200. Bitterfeld 600. Blankenburg a. S. 268,07. Bocholt 82,50. Bochum 1000. Bodowig 600. Borna 300. Brandenburg 8000. Braunschweig 5000. Brieg 150. Brunsbüttelhofen 260. Bunzlau 800. Burgstädt 700. Blankenburg i. Th. 150. Büschow-Werda 200. Celle 518,71. Chemnitz 18 000. Crailsheim 150. Grimmschau 1100. Euzhagen 500. Donzig 600. Darmstadt 2000. Dössel 100. Döbeln 400. Dortmund 4375. Dresden 28 000. Driefen 100. Düren 60. Düsseldorf 2746,84. Duisburg 800. Eberstadt 300. Edighausen-Doppau 550. Eilenach 600. Elsterwerda 500. Emden 600. Emmerich 60. Erbach 395. Erlangen 800. Eßlingen 4000. Esleben 600. Frankfurt a. M. 22 000. Freiburg i. S. 200. Freiburg i. B. 600. Freiburg i. Schl. 633,23. Friedland 110. Fürstenwalde 300. Fürth 1500. Freudenstadt 140. Gelsenkirchen 1600. Gera 2500. Gevelsberg 5000. Glauchau 600. Gmünd 2600. Goltzow 600. Göltern 200. Görlitz 3000. Göttingen 350. Gotha 1400. Grimma 400. Großsch. 500. Großenhain 800. Gröna 250. Grünberg 350. Guben 400. Gaderleben 150. Schw. Hall 200. Halle a. S. 5000. Hannover 25 000. Harzgerode 500. Haslach 149,95. Hagau 100. Heidenheim 800. Heilbronn 3300. Heinitz 300. Hildesheim 1600. Hirschberg 500. Höchst 1600. Hohenstein-Ernstthal 500. Jülich 400. Jülich 100. Karlsruhe 1500. Kattowitz 400. Kettlerbach 483,07. Kempten 150. Kirchheim u. T. 273,26. Königshütte 200. Kornweßheim 308,94. Kositz 200. Köthen 1200. Krefeld 1600. Kücktr. 200. Kamenz 200. Lägerdorf 100. Lahr 100. Lambrecht 200. Landsberg a. W. 300. Landsbut 200. Lauf 200. Lauscha 157,55. Lauterberg 100. Leer 600. Leipzig 20 000. Leisnig 150. Liegnitz 1200. Limbach 800. Lüß 100. Lüdenscheid 4900. Ludwigsfelde 3000. Lugau 200. Lüneburg 1000. Magdeburg 10 000. Marburg 187,78. Markredwitz 250. Meerane 600. Merseburg 600. Mettmann 400. Minden 200. Mühlhausen i. Th. 900. Mühlheim a. Rhein 2500. Mühlhof 300. M.-Gladbach 600. Mühlstein 400. Niesbach 290. Naumburg 200. Neu-Ruppin 150. Neustadt a. S. 251,61. Neustadt i. S. 200. Nienburg 700. Nossen 400. Nowames-Neudorf 1400. Nikolai 100. Oeynhausen 200. Offenbach 2500. Ogersheim 500. Oßersleben 400. Oßersleben 100. Oranienburg 200. Osch. 180. Oßersleben 100. Pöhlitz 100. Pöhlitz 352,50. Peine 500. Pirmasens 230,04. Pöhlitz 200. Pöhlitz 100. Potsdam 500. Pries 800. Radeberg 500. Raguhn 215. Rathenow 1500. Ratingen 200. Ravensburg 400. Regensburg 400. Reichenbach i. B. 400. Reutlingen 800. Reiso 600. Reichenheim 200. Reih. a. S. 400. Ruda 800. Saalfeld 600. Saengerhausen 600. Saengerhausen 400. Siegen 40,89. Singen 590. Solingen 5000. Sonderburg 100. Sprottau-Ralswiek 400. Suhl 2500. Suhlau 175. Schütz 274,50. Schmiedberg 800. Schmolln 350. Schöneberg 800. Schöningen 1600. Schramberg 400. Schweidnitz 600. Schwidnitsch 200. Stabe 200. Stargard 200. Staßfurt 1200. Steinbach 150. Striegau 414,96. Stuttgart 17 800. Tettingen 75. Torgelow 400. Tübingen 150. Tutzingen 1200. Uedersmünde 600. Ulm 600. Urberach 200. Velbert 2400. Weiblingen 575,23. Waltershausen-Friedrichroda 500. Wernheim 613,43. Weiskensfeld 500. Werder 150. Wernigerode 150. Wertheim 60,62. Wilhelmshaven 5000. Wismar 400. Witten 2000. Worms 303,57. Wriezen 60. Wursen 600. Würzburg 700. Wallau 130. Wittenhauken 73,60. Wobitz 273,42. Zeitz 1100. Zerbst 400. Zornsdorf 300. Zittau 1200. Zossen 150. Zuffenhausen 923,14. Zweibrücken 500. Einzelmitglieder der Hauptkasse 300. Für Ersatzbücher 48,90. Sonstige Einnahmen 1521,95 M.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Mitglieder von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anträge sofort an uns zu berichten.  
Der Vorstand.

### Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach Bismar;
- von Elektromonturen und Helfern nach Düsseldorf St.; nach Nürnberg St.; nach Zürich;
- von Feilenarbeitern und Schleifern nach Remscheid und Umgebung, St.;
- von Formern, Gießereiarbeitern und Keramachern nach Arnstadt i. Thür. (Heinz & Winter); nach Barmen (Wuppertaler Eisenhütte, Abteilung Leimbach) St.; nach Dornbirn (Firma Nütz & Ganahl) St.; nach Eberfeld (Firma Jäger) St.; nach Frankfurt a. M. (Firma Schiele & Co.) St.; nach Gmünd (Nitz & Schweiger) St.; nach Herzberg, D.; nach Hildesheim a. S., D.; nach Ottshausen b. Mühlacker (Fa. Weller Söhne) St.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach Pforzheim St.; nach Stuttgart, St.;
- von Kettenradschmiedern und Zuschlagern nach Sferlohn (Firma Raffner & Erone) St.;
- von Klempnern, Installateuren und Rohrlegern nach Barmen-Eberfeld, St.; nach Essen, St.; nach Zürich;
- von Mechanikern nach Kiel (Fa. Anshütz & Co., Werkstätte für Präzisionsmechanik) St.;
- von Mechanikern, Schlossern und Drechern nach Winterbach bei Schorndorf (Firma Brunner & Bullinger) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Alen (Gedr. Simon, Drahtstiftfabrik); nach Chemnitz (Gedr. Hübner, Schraubensabrik) St.; nach Göttingen (G. Runge, Röhrenwerk) St.; nach Hagen i. B. (Firma Wippenmann); nach Leipzig (Arbeitsnachweis);
- von Schlossern und Drechern nach Jena (Fa. C. H. Schiettrumpf & Co., Maschin- und Wassermaschinenfabrik);
- von Schlossern und Schmiedern nach Delmenhorst, St.;
- von Schmiedern nach Sferlohn (Kettenfabrik Raffner & Erone) St. (Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Ausschreibung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Währungsänderung; N.: Lohn- oder Akkordreduktion u. f. w.; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

### Korrespondenzen.

#### Elektromonteur.

Fürth. Die Elektromonteur- und Helfer einer Anzahl Firmen der Elektroinstallationsbranche in Nürnberg-Fürth sind am 30. Oktober in den Kassen der Kollegen, weil die Unternehmer keine Einigung erzielt haben, sich zu vereinbaren. Die Kollegen sind in zwei Gruppen unterteilt: eine Gruppe, die sich für die Einführung eines Tarifsystems interessiert, und eine Gruppe, die sich für die Einführung eines Lohnsystems interessiert. Die Kollegen sind in zwei Gruppen unterteilt: eine Gruppe, die sich für die Einführung eines Tarifsystems interessiert, und eine Gruppe, die sich für die Einführung eines Lohnsystems interessiert.

Antwort der Direktion bedachte sich im wesentlichen mit dem in Nr. 43 der Metallarbeiter-Zeitung abgedruckten Schema F und partiiert nur in der Form dadurch, daß als Grund der ablehnenden Haltung der Umstand bezeichnet wird, die Arbeiter der städtischen Betriebe hätten kein Recht, an einem solchen Vorgehen teilzunehmen, sie müßten eine Eingabe an den Verwaltungsrat oder an die städtischen Kollegien richten und dort bitten um Änderung der Arbeitsordnung, in der Arbeitszeit und Lohnhöhe, sowie die Vorrichtungen festgelegt seien. Nun sind aber die Wünsche der Arbeiter bei der Beratung und Genehmigung jener Arbeitsordnung im vorigen Jahre in der Hauptsache unberücksichtigt geblieben, es ist den Leuten wiederholt bedeutet worden, daß sie als Arbeiter der Privatinstalationsabteilung keinen Anspruch auf dauernde Stellung haben, weil ja dieser Geschäftsteil von der Konjunktur abhängig sei. Außerdem sind in letzter Zeit eine Anzahl Arbeiter des städtischen Gaswerks nach jahrelanger Beschäftigung entlassen worden und jetzt ist die Entlassung der Laternenanzünder erfolgt wegen Einführung der Fernzündung. Die Beschäftigung in einem hiesigen Gemeindebetrieb erscheint also für junge und leistungsfähige Monteur- und Helfer der Elektroinstallationsbranche in einem wenig verlockenden Licht. Es kommen hier 14 Kollegen in Betracht, die keiner anderen als einer für die Arbeiterschaft ehrenvollen Lösung der Differenzen zustimmen werden.

#### Formen.

Frankfurt a. M. Am 6. September legten die Formen- und Gießereiarbeiter der Firma Schiele & Co. einmütig die Arbeit nieder. Veranlassung zu dieser Arbeitseinstellung gab das Verhalten des Formmeisters Ziegler, dessen Praktiken wir schon vor Monaten kennzeichneten. Wir schreiben damals: „Meister Ziegler aber sei hierdurch gewarnt. Will er mit aller Gewalt den Konflikt, kann er ihn haben. Wer dabei unter die Räder kommt, wird sich zeigen.“ 1 1/2 Jahre ist dieser Herr am hiesigen Orte tätig. Rigorose Maßnahmen aller Art führten zu ständigen Differenzen. Bis zum Eintritt Zieglers bestanden in diesem Betrieb annehmbare Verhältnisse. Obwohl die Firma ihren Meister auf Grund der Beschwerden der Arbeiterschaft verschiedentlich desavouierte, schaffte er immer neuen Konfliktstoff herbei. In seinem früheren Wirkungskreis Oberhausen bei der Firma Babco & Wilsch versuchte er auch hier seine Herrschgelle durch Belämpfung der Organisation durchzusetzen. Die vorzügliche Organisation der Kollegen jedoch durchkreuzte alle seine schamhaften Pläne. Nachdem mit Gewalt nichts zu erreichen war, verlegte sich Meister Ziegler auf das Gebiet der Adresspolitik. Durch rigorose Arbeitsverteilung und sonstige Schikanen suchte er den Formern die Arbeit zu verleißen. Diese jedoch drehten den Spieß um und gingen zum Angriff über. Am 22. August wurden der Firma folgende Forderungen unterbreitet: 1. Garantien für eine objektive, anläßliche Bezahlung und gerechte Arbeitseinstellung durch den Formmeister Ziegler. 2. Akkordpreise sind unter allen Umständen vor Zuangriffnahme der Arbeit zu vereinbaren. 3. Der Stundenlohn der Formen beträgt nicht unter 60 % pro Stunde. 4. Die Formmacher erhalten eine Lohnzulage von 5 % die Stunde. 5. Die Gusspufer und Hilfsarbeiter erhalten eine Lohnzulage von 3 % die Stunde. 6. Bei Akkordarbeit wird der Stundenlohn garantiert. 7. Ueberstunden werden nicht nur den Lohnarbeitern, sondern auch den Akkordarbeitern mit 25 Prozent Aufschlag vergütet. 8. Hilfskräfte sind in genügender Zahl zu stellen. 9. Die Gusspufer erhalten die zu ihrer Arbeit erforderlichen, brauchbaren Einrichtungen. 10. Die Schließung des Werkraums erfolgt den Verhältnissen des Betriebs entsprechend und wird zwischen der Betriebsleitung und der Kommission vereinbart. Antwort wurde bis zum 27. August erbeten. Meister Ziegler verstand es, die Verhandlungen zu durchkreuzen. Leider ging die Kommission der Arbeiter in die ihr gestellte Falle, wodurch die von der Direktion festgesetzten Verhandlungen vereitelt wurden. Auf Grund einer neuen Provokation (Kündigung eines Arbeiters aus den wichtigsten Gründen) reichte die Arbeiterschaft ihre Kündigung ein. Angebahnte Verhandlungen während der Dauer der Kündigung schicerten an dem Widerstand der Firma, so daß den Arbeitern nichts übrig blieb, als die Arbeit niederzulegen. Die Arbeitseinstellung erfolgte, wie schon gesagt, einmütig, selbst die Veteranen der Arbeiter, die 20, ja 30 Jahre im Betrieb tätig waren, erklärten, sich auf keinen Fall dem Regiment des Meisters Ziegler unterwerfen zu können. Nummehr erklärte sich die Firma zu Verhandlungen mit der Organisation unter späterer Hinzuziehung der Kommission bereit. Diese belegte ihre Forderung auf Entlassung des Meisters mit einer solchen Fülle von Material, wodurch erwiesen wurde, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Firma durch Ziegler schwer geschädigt wurde. Die Firma selbst war von den großen Verheerungen Zieglers überzeugt, sie mißbilligte es und versprach, Abhilfe zu schaffen. Die Entlassung Zieglers jedoch lehnte sie entschieden ab. In den übrigen Fragen machte die Direktion annehmbare Zugeständnisse. Die Verhandlungen schicerten an der Frage der Wiedereinstellung. Wegen Mangel an Arbeit sollte eine größere Zahl von Arbeitern nicht wieder eingestellt werden. Die Firma ließ sich nunmehr, jedenfalls auf Anraten Zieglers verleiten, Streikbrecher anzunehmen. Als Vertreter in der Rot erliefen die bekannte F e r b e r t s o l o n n e aus Barmen. Die Tätigkeit dieser Gesellschaft ist bekannt. Nach dem System Hünke versuchte sie, die Streikenden mit Revolvern und Dolchen zu provozieren. Die Firma Schiele & Co. ist zweifellos bitter enttäuscht. Diese Schuggarde des Meisters Ziegler führte seinen Sturz herbei. Nachdem eines Tages bis nachts 2 Uhr geflossen worden war, erhielt Meister Ziegler am andern Tage seine kündigungswürdige Entlassung. Nicht nur die Streikenden, sondern die gesamten Berufs Kollegen am Orte atmeten auf. Endlich erhielt dieser Despot seinen wohlverdienten Lohn. Wie in Oberhausen führte er auch hier, trotz aller Demagogie, über seine eigene Unfähigkeit. Erneut aufgenommenen Verhandlungen zeitigten ein zufriedenstellendes Resultat. Die Forderung 1 war durch die Entlassung Zieglers erledigt. Forderung 2 fand Anerkennung. Forderung 3 ergab folgendes Resultat: Der Stundenlohn der Formen beträgt mindestens 52 % pro Stunde. Bei längerer Beschäftigung 80 Prozent des Akkorddienstes im jeweilig leistungsfähigen Jahre, bei Neueinsteigenden der letzten drei Monate. Forderung 4: Die Formmacher erhalten eine Lohnzulage von 3 %. Eine allgemeine Lohnzulage der Pufer und Hilfsarbeiter wurde auf Grund der kurzen Beschäftigungsdauer einer Anzahl Kollegen abgelehnt, jedoch von Fall zu Fall zugesichert. Der Stundenlohn wird bei Akkordarbeit garantiert. Auch die übrigen Punkte wurden zur Zufriedenheit erledigt. Die Streikbrecher werden vor Wiederaufnahme der Arbeit sämtlich entlassen. Auf Grund der Entlassung Zieglers und der übrigen Zugeständnisse verzichteten sieben Formen und ein Keramacher vorläufig auf Wiedereinstellung unter der Voraussetzung, daß neue Arbeitskräfte nicht eingestellt werden, solange noch einer der Zurückgetretenen auf Wiedereinstellung reflektiert. Diese Voraussetzung erkannte die Firma für sich bis zum 1. März 1911 als bindend an. Die übrigen Arbeiter wurden sofort sämtlich eingestellt. Im übrigen werden die Vereinbarungen von 1906 aufrechterhalten. Dieses Resultat fand die Anerkennung der Kollegen. Am 2. November erfolgte nach achtwöchiger Dauer des Kampfes die Wiederaufnahme der Arbeit. Damit ist ein Kampf beendet, der bei einigermaßen aufrichtem Willen hätte vermieden werden können. Wir empfehlen den Formmeistern Ziegler der besonderen Beachtung der Kollegen. Personen dieses Schlages ist auf die Finger zu legen und ihnen die Ehre zuteil werden zu lassen, die ihnen gebührt.

#### Gold- und Silberarbeiter.

Pforzheim. Die Situation hat sich verschärft. Die Unternehmer haben den Beschluß gefaßt, überall da den Arbeitern allgemein zu kündigen, wo außer den Kettenmachern andere Branchen die Kündigungsfrist einreichen. Am 3. November haben nun auch die in Kettenmachern beschäftigten Bijoutiers beschlossen, die Kündigung einzureichen. Am 4. November war die Kündigungsfrist der Kettenmacher abgelaufen. Es wird sich ja nun zeigen, ob die Unternehmer ihre Drohung wahrzumachen vermögen. An Terrorismus gegen die kleinen Unternehmer haben es die Schatzmacher bis jetzt nicht fehlen lassen. Ausschließlicher Bericht folgt.

Heizungsmonteur.

Öppingen. Die Arbeiter der Firma Gustav Runke haben Forderungen gestellt. Die Firma hat aber jedes Entgegenkommen abgelehnt. Wir verhängen hiermit die Sperre über die Firma. Zugang von Heizungsmonteuren, Schlossern, Drehern, Welfern u. s. w. ist streng fernzuhalten! (Ausführlicher Bericht folgt.)

Klempner.

Düsseldorf. Der Streit der hiesigen Klempner und Installateure ist beendet. Die Arbeit wurde am 26. Oktober nach 4 1/2 wöchiger Streikdauer wieder aufgenommen. Die Innung hat es diesmal noch fertiggebracht, den Deutschen Metallarbeiter-Verband offiziell auszuscheiden und nur mit dem Gesellenausschuß zu verhandeln. Aber es war bereits eine starke Strömung unter den Innungsmitgliedern vorhanden, mit dem Verbande zu verhandeln und die Beendigung des Streiks war auch auf „private“ Unterhandlungen zwischen den Organisationsvertretern und einer Anzahl von Klempnermeistern zurückzuführen. Auch in einer Reihe von anderen Punkten konnte die Innung ihren früher vertretenen Standpunkt nicht aufrechterhalten. Sie mußte Minimallohn bewilligen und sie mußte auch einen Vertrag abschließen. 1907 bequeme man sich nur dazu, in die Arbeitsordnung einige Bestimmungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen. Die Arbeitsordnung lief auf unbestimmte Dauer, denn man wollte nicht den Anschein erwecken, als habe man einen Vertrag abgeschlossen. Dieses Mal mußte man schon die Ueberstunde bezahlen. Lohnvertrag und Arbeitsordnung mit einer Vertragsdauer von zwei Jahren, bis zum 1. April 1913. Die wesentlichen Vertragsbestimmungen sind folgende: Die Arbeitszeit beträgt 56 Stunden pro Woche. Der Stundenlohn darf für Ausgelernte nicht unter 36 S., ein Jahr nach beendeter Lehre nicht unter 43 S. betragen. Selbständige Gesellen erhalten 58 bis 63 S. Diese Sätze erhöhen sich bis zum 1. April 1912 um 2 S. Die jetzt bestehenden Löhne werden für die 2 1/2 jährige Vertragsdauer um 4 S. die Stunde aufgebessert, 2 S. sofort und je 1 S. am 1. April 1911 und 1. April 1912. Ueberstunden werden bis 9 Uhr mit 25 Prozent, nach 9 Uhr und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Montagezulage beträgt für Verheiratete 2,50 M. und für Ledige 2,25 M. pro Kalendertag. Bei Arbeiten in der Höhe von Düsseldorf oder in den Vororten wird für Mittagessen 70 S. vergütet. Die Lohnzahlung erfolgt in Zukunft am Freitagabend vor Schluß der Arbeitszeit. Diese Vereinbarungen bedeuten immerhin einen wesentlichen Erfolg für die Gesellen, wenn auch in manchen Punkten das Geforderte nicht erreicht wurde. Es muß berücksichtigt werden, daß sich in Düsseldorf der Sitz des Verbandes selbständiger Klempnermeister und Installateure befindet, der Unternehmerorganisation. Ein zäher Widerstand gegen die Arbeiterforderungen ist da begreiflich. Wir können schon einen Paß vertragen, meinte Herr Wolters, der Inhaber des größten Geschäfts am Orte. Und die Klempner- und Installateurzeitung, das Organ der Unternehmerorganisation, meinte vor drei Jahren prägnant, der Deutsche Metallarbeiter-Verband werde auf Grantt bestehen. Aber der Grantt der Klempnermeister scheint von schlechter Qualität zu sein, denn die Höhle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes graben immer tiefere Löcher hinein.

Metallarbeiter.

Chemnitz. In unserer vierteljährlichen Generalversammlung am 29. Oktober wurde der Geschäftsbericht für das dritte Quartal dieses Jahres erstattet. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen war in diesem Quartal 86 gegen 128 im dritten Quartal 1909. Auch die Krankenzahl war niedriger. Die Mitgliederzahl ist um 872, von 13 095 auf 13 967 gestiegen. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 103 263,50 M., die der Lokalkasse 37 757,04 M. An Unterstufen wurden aus der Hauptkasse gezahlt: 31 947,17 M., aus der Lokalkasse: 6600,65 M. — Augustfreizeits fanden im dritten Quartal 4 statt, woran 105 Mitglieder beteiligt waren. 10 Mitglieder waren am Streik der Schmelze und Jementarbeiter beteiligt. 3 Streiks verliefen zum Vorteil der Arbeiter, der vierte, an dem fünf Reparaturschlosser der Norddeutschen Volkswirtschaft beteiligt waren, war resultatlos. Die Knechtelknecht erkämpften den 1/2-Stundenlohn und dadurch eine Arbeitszeitverlängerung von 3/4 Stunden pro Woche. Der Schmelzmeister ließ für jeden der am Streik Beteiligten um 1,70 M., auch die Anstellung bei weiter entfernten und anspruchsvollen Arbeiten wurde geregelt, ferner ist ein Zuschlag für schmutzige Arbeiten bewilligt worden und ein Zuschlag für Ueberstunden und Nacharbeit von 10 und 30 S. pro Stunde. Die Bauhilfsarbeiter erhielten einen Tarif ab, sie erreichten die 58-Stundenwoche, was eine Verlängerung von 2 Stunden die Woche bedeutet. Für Ueberstunden werden 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent bezahlt. Auch ist die Anstellung und die Zulagezahlung bei Nacht-, Sonntag- und Feiertagsarbeiten geregelt. 34 Arbeiter der Metallwarenfabrik von Max Reichell erreichten eine Verlängerung der Arbeitszeit um 5 Stunden pro Woche und damit den neun Stundenlohn. Die Abmachungen trafen in diesem Falle die Bezirksleitung und der Verband schlesischer Industrieller. In der Radelfabrik von Köster & Labendorf waren 20 Arbeiter und 17 Arbeiterinnen einen halben Tag ersichtlich, weil die Firma den Arbeitern den jetztprozentigen Zuschlag nicht bezahlen wollte, der im Jahre 1907 bewilligt worden war. Auch das gemeinsame Vorgehen wurde der Streik für die Arbeiterinnen erzwungen. Die 82 Werkzeugmaschinenfabriken in den Sauerländerwerken erzielten durch Verhandlung eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3/4 S. Anßer den Lohnbewegungen waren es eine Anzahl Differenzen, die durch Verhandlung beigelegt wurden. Mehrfach mußte Beschwerde bei der Aufsichtbehörde eingereicht werden, weil die Fabrikanten entgegen dem § 137 der Gewerbeordnung Arbeiterinnen an den Sonntagen länger als 8 Stunden und über 5 Uhr abends beschäftigen. — Ein Herr Riedmann in Köthen forderte die Wiedergabe des Hauptgeschäftes bei unserem Verbandsmitglied für ein Mitglied, das nach Chemnitz bezogen war. Der Hinweis, daß auf Grund des Verbandsstatutes den Mitgliedern ein Lagerhaus Recht auf Unterbringung nicht zusteht, hielt der genannte Herr nicht ab, Klage zu erheben. Vor dem Chemnitzer Amtsgericht wurde er mit der Begründung abgewiesen, daß der Verbandsmitglied kein selbständiges Bewohnungsrecht habe, sondern dieses nur dem Statut des Verbandes zusteht.

Dresden. In einer am 25. Oktober abgehaltenen Generalversammlung unserer Bezirksleitung erstattete Kollege Höller den Tätigkeits- und Lebensbericht des dritten Quartals 1910. In diesem Quartal haben wir wieder eine sehr große Anzahl von Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt. Eine größere Anzahl Bewegungen mußten aber durchgefallen werden, wenn sich alle die Betriebe weihen würden, die während der wirtschaftlich höchst schwierigen Situation in eine Bewegung eintritten wollten. Jetzt berichten die Kollegen, indem sie eine große Anzahl Ueberstunden leisten, ein paar Mark mehr als sonst und denken nicht daran, etwas zu tun, damit in den Zeiten der höchsten Notwendigkeit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht so verschlechtert werden können, wie dies früher immer der Fall war. Es liegen sich jetzt leicht Verzweiflungen durchsetzen, die den wirtschaftlichen und ethischen Anforderungen ein Ende machen und die auch eine Reduktion der Arbeitszeit mit sich bringen, wenn sie durch technische Verbesserungen z. B. gerechtfertigt ist. Aus dem Bericht ging auch hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen vom 30. 8. im Anfang des Quartals auf 195 am Ende des Quartals gestiegen war. Die Mitgliederbewegung zeigt eine erfreuliche Zunahme, sie ist im Quartal von 13 570 auf 14 320 gestiegen. Eingekommen sind 1929 und Abgegangen 66. Der Mitgliederstand der Jugendabteilung stieg von 1571 auf 1689, von diesen gehören 718 dem Verband an. Die Zahl der verheirateten Arbeiter betrug 177 244 gegen 162 431, die Vertragsleistung stieg von 12 271 Beträgen pro Kopf auf 12 717. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug im Quartal 1049,10 M. Der Verband hat im dritten Quartal 102 300,55 M. die Ausgaben 59 336,65 M. An die Hauptkasse wurden gezahlt 23 999 M., was es verbleiben verbleiben 14 706,90 M. Rückstands-

am Orte. Die Einnahme der Lokalkasse betrug inklusive 37 927,93 M. Rückstandsbestand 134 937,90 M., die Ausgaben 24 356,98 M.; der Rückstandsbestand erhöhte sich um 12 652,99 M. auf 110 580,92 M.

Friedrichroda. Die Lohnbewegung in den beiden hiesigen Fabrikbetrieben ist nun auch beendet, und zwar mit einem schönen Erfolg. Nachdem im Mai die Arbeiter der Kunstmühlerei von Ernst Stöcker ihre Lohnbewegung auf Verlangen der Firma, die einen größeren Umbau vornahm, bis nach Beendigung des Baues vertagten, hatten die Arbeiter der Friedrichrodaer Maschinenfabrik, G. m. b. H., vormals Joh. Schönau, im Juli einen energiegelassen Vorstoß gemacht, der zur Arbeitsübertragung führte, weil die Firma nachlang auf die Eingabe der Lohnkommission gar nicht reagiert hatte. Sogar am dem Morgen, wo der Zustand perfekt wurde, war Herr Schönau nicht sichtbar, so daß die Kommission dem Werkführer die Mitteilung machte, daß die Kollegen nicht eher wieder zur Arbeit kommen würden, bis ihre Forderungen bewilligt wären. Das einmütige Vorgehen der Kollegen, das auch zwei Nichtorganisierte mit sich brachte, so daß die Hude leer war, verfehlte seine Wirkung nicht. Schon am zweiten Tage wurden von der Firma Verhandlungen verlangt, nach fünfzigem Streik gingen die Arbeiter geschlossen wieder an die Arbeit, nachdem die Forderungen bewilligt und folgender Revers unterzeichnet war: „Maßregelungen resp. Entlassungen aus Anlaß der Lohnbewegung finden nicht statt. Sollten später aus Arbeitsmangel Entlassungen nötig werden, so werden dieselben in der Reihenfolge vorgenommen, daß die zuletzt Eingestellten zuerst entlassen werden. Zuvor ist jedoch dem Arbeiterausschuß Mitteilung zu machen, damit sich die Arbeiter darüber schlüssig werden können, ob die Entlassungen vorgenommen werden oder verläßt gearbeitet werden soll.“ Bereits acht Tage darauf versuchte die Firma, einen Kollegen zu entlassen. Durch die Einigkeit der Kollegen wurde die Firma aber veranlaßt, denselben wieder einzustellen. Im Oktober haben nun die Kollegen der Kunstmühlerei ihre Forderungen nochmals vorgebracht und erzielten eine Lohn- und Verheiratenzulage von 10 Prozent für sämtliche Verheiraten; für die jugendlichen Arbeiter waren die Löhne schon im Frühjahr bei den ersten Verhandlungen, die unsere Ortsverwaltung führte, um 5 S. pro Stunde erhöht worden, da wir diese Erhöhung als dringend erachteten. Die Firma wollte den Verheiraten die 10 Prozent nur für diese Saison geben, so daß die Kollegen dann die alten Löhne weiter erhalten hätten. Die Kommission erklärte aber, daß sie den Auftrag habe, die Kündigung einzureichen, wenn keine Einigung erzielt würde; darauf bewilligte Herr Stöcker die 10 Prozent für dauernd. Das bedeutet zum Teil ein Hinübergang über unsere Forderungen, denn wir hatten durchweg 3 S. die Stunde mehr verlangt. Die Ortsverwaltung schloß auch sofort mit der Firma einen Tarif auf drei Jahre ab, wobei im dritten Jahre noch eine kleine Aufbesserung erfolgt und schon eine Grundlage für spätere Tarifverhandlungen. Ein Resultat, auf das wir stolz sein können.

Solingen. Eine überaus stark besuchte Kreisversammlung der Metallarbeiter tagte am Sonntag den 23. Oktober im Lokal von Richard Schmidt in Rangenberg. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, „Rassenbericht“, nahm Kollege Fischer des Wort. Die Hauptkassiererin schloß des am Schluß des zweiten Quartals vorhandenen Kassenschatzes in Ein- und Ausgabe mit 41 138,60 M. ab. An die Hauptkasse in Stuttgart wurden 20 000 M. gezahlt. Die Ein- und Ausgabe der Lokalkasse schloß mit 13 062,91 M. ab. Der Kassenschatz betrug 33 330,79 M. Der Kassenschatz zur Unterstufenkasse ist erfreulicherweise von 3348,10 M. am Schluß des zweiten Quartals auf 5240,75 M. am Schluß des dritten Quartals gestiegen. Die Vertragsleistung ist eine sehr gute zu nennen, denn sie beträgt vierteljährlich pro Mitglied 12,77. Wenn man bedenkt, daß man im Durchschnitt 12 Beiträge pro Vierteljahr und Mitgliedsbeitrag zahlt, so können wir mit diesem Resultat zufrieden sein und wir werden auch im nächsten Bericht des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sicherlich an erster Stelle mit stehen. Die Mitgliederzahl ist von 5059 auf 5526 am Schluß des letzten Quartals gestiegen. Bemerkenswert ist, daß die Mitgliederzunahme im neuen Quartal genau so zu verzeichnen ist, wie im vergangenen. Wenn es so weitergeht, sind wir wohl zu der Annahme berechtigt, daß wir am Schluß des Jahres 1910 6000 Mitglieder in unserer Verbandsliste haben. Das erfreuliche dabei ist, daß diese Mitglieder nicht nur auf dem Papier stehende Mitglieder sind, sondern wie schon aus der Vertragsleistung des vorigen Quartals ersichtlich, die Pflichten ihrer Organisation gegenüber kennen. Kollege Schöber stellte den Antrag, dem Kassierer Entlassung zu erteilen, was einstimmig geschah. Der Geschäftsführer erhielt Kollege Rapp. Eine sehr rege Tätigkeit ist im letzten Vierteljahr von der Verbandsleitung erfolgt, speziell mit den einzelnen Branchen. In Differenzen kam es bei Debersberg, Kirchbamm & Co. mit den Fahrradarbeitern, wofür die Arbeitslöcher von der Firma herangezogen werden waren. Hier werden wir in nächster Zeit einen Lokaltarif abschließen können, um den Arbeitern einigermassen Ersatz für die enorme Versteuerung der Lebensmittel in den letzten Jahren zu schaffen. Im Winter mußten die Arbeiter von Debersberg, Kirchbamm & Co. für ihre Lampen, die sie in der Fabrik brauchen, noch die Glühbirnen selbst kaufen. Hier ist auf unsere Initiative hin ein Ueberabkommen mit der Firma getroffen worden, daß dies in Zukunft nicht mehr zu geschehen braucht. Bei den Rühlholzerarbeiten liegen auch schwerwiegende Differenzen vor, in einer kommissarischen Sitzung der beiden Verbände wurde die Zustimmung zum Vorgehen derselben gegeben. Die Gewerkschaften haben einen ganz guten Tarif abgeschlossen, der in Gemeinschaft mit dem Arbeitgeberverband zustande kam. Dieser neue Tarif bringt den einzelnen Arbeitern ganz enorme Lohn- und Verheiratenzulagen und wir können wohl mit Recht sagen, daß dies nur der Geschäftsleiter der Kollegen zu danken ist, was sich die Kollegen in anderen Betrieben werden mögen. Die Differenzen der Rühlholzer mit der Firma Karl Jost sind im verflohenen Quartal auch endgültig erledigt worden. Die Formier erzielten einen Tarifabschluss mit der Firma Großmann, ebenfalls wurde der endgültige Abschluß des Formierarbeiters bei der Firma Hugo Limber getätigt. Die Rühlholzermeister schlossen einen Tarif mit der Firma August Müller ab, was wohl der erste Tarif in einer Kaiserwerthlohnindustrie ist. Bei der Firma Kündel haben wir zurzeit Streik. (Er ist inzwischen beigelegt worden.) Hier befinden sich jetzt länger Zeit Differenzen, die, sobald sie von der Firma geregelt werden, die Abmachungen wieder nicht eingehalten werden. Von den Federwerkzeugleuten ist zu melden, daß sie bei der Firma Lakar die Summe von 350 M. für Unterreisarbeiten heranzubringen mußten. Weiter kam Rapp auf den Streik bei der Firma Jansen & West zu sprechen, wobei er den bisherigen Verlauf desselben schilderte. Bemerkenswert ist hierbei, daß die zwei oder drei Streikbrecher sich aus den Reihen der Federwerkzeugleuten rekrutierten. In dieser Branche muß also mehr als bisher auf die Organisation der noch Ansehenswerten Bedacht genommen werden. In Gemeinschaft mit den Kollegen vom Industriearbeiterverband wurden wieder Differenzen bei der Firma Wandewitz beigelegt, wo in Kürze freudig dazugegen gemacht werden soll. Hier die Tischlermeister sind ein jenseitiger Kollektivvertrag geschlossen worden; was jetzt nur ein Verzicht für die beiden Gewerkschaften war, ist jetzt vorhanden. Weiter waren noch Differenzen auf dem Ort und Gemeindefeld in Solingen, wo den Kollegen ein Revers vorgelegt worden war, das sie für verbindlich hielten, aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband auszutreten, wibrigens nichts zu erwarten. Auch hier erzielten wir, daß der dem geschloßenen garantierten Rechte der Arbeiterin hohnsprechende Revers zurückgezogen wurde und der Fabrikherr, Herr Vera, die Organisation anerkannte. Das letztere war ein schöner Erfolg. Des weiteren wurde noch über eine Reihe kleinerer Bewegungen zu berichten, die teils ihre Erledigung durch Vorstellungsverhandlungen, teils durch die Brezzen erreicht wurden. In der Stadt dieser Bewegungen konnte man aber erreichen, daß die Kollegen alle Urteile hätten, die Augen offenhalten an den Verhandlungen der Unterstufen jederzeit beizugehen zu können. Wenn jeder seine Schlichter hat, können die Kollegen auch ruhig sein, daß alle Verhandlungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie in vielen Fällen von den Unternehmern geplant werden, zurückgewandt werden; denn die Kräfte

hat es uns gelehrt, daß die Unternehmer überall da, wo die Organisation sehr schwach oder gar nicht vertreten war, mit den Arbeitern nach Belieben umgesprungen sind. Sorgen wir dafür, daß die noch fernstehenden der Organisation in Ehren zugeführt werden und sorgen wir auch dafür, daß sie zu kämpfen erzogen werden und nicht nur zahlende Mitglieder werden. Wenn jeder Kollege seiner Pflicht bewußt ist, stehen wir am Jahresabschluss in Solingen mit 6000 organisierten Metallarbeitern da. In diesem Sinne möge jeder seine Kräfte anspannen. — Zum nächsten Punkt: „Die Kampfmethode des Stahlwarenarbeiters und unsere Stellungnahme dazu“ referierte Kollege Rapp. Er führte die Vorgeschichte der Unbilligkeiten, die zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Industriearbeiterverband bestehen, in klarer Weise vor Augen. Dann ging er auf die Unbilligkeit, die nun bereits ein ganzes Vierteljahr gehen uns gelehrt werden, näher ein. Redner zeigte, was an dem Märchen von den sieben bis acht Gefellen Wahres ist, ebenso verbreitete er sich über die sogenannten Schweigegelder und den Tarif mit der Firma Dinger. Im Stahlwarenarbeiter (Nr. 41 vom 14. Oktober 1910) wurde unter anderem geschrieben: „Metallarbeiter! Stahlwarenarbeiter! Heute weiß man auch, warum die Ortsverwaltung bis jetzt nicht den Mut gehabt hat, auf die Beschuldigungen des Stahlwarenarbeiters öffentlich zu erwidern. Heimlich, hinter dem Rücken der Streikenden, hat die Ortsverwaltung mit der von der gesamten Scherenschnittbranche in Streik erklärten Firma Max Dinger einen Tarifvertrag abgeschlossen! Die Ortsverwaltung hat also noch weit mehr auf dem Gewissen, als ihr der Stahlwarenarbeiter nachgelagt hat.“ So der „immer sehr gut informierte“ Stahlwarenarbeiter. Die Behauptung, daß wir mit der Firma Max Dinger einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, ist unwarhaft. Wie leichtfertig der Stahlwarenarbeiter solche Behauptungen aufstellt, zeigt folgendes: Am Mittwoch den 19. Oktober waren die Kollegen Böhm, Braun, Schütz und Pusch vom Industriearbeiterverband bei uns auf dem Bureau. Ich erklärte den Leuten den Sachverhalt mit dem Tarif für die Firma Dinger, daß wir einen solchen bis heute noch nicht abgeschlossen haben, daß hier der Stahlwarenarbeiter gestunken habe. Der Geschäftsführer des Scherenschnittvereins, Kollege Schütz, vom Industriearbeiterverband erzählte nun folgendes: Ein Kollege vom Industriearbeiterverband fuhr eines Tages von Solingen nach Düsseldorf gefahren. In demselben Coupé saßen zwei Herren, die sich über den Fall Dinger unterhielten. Bei dieser Gelegenheit soll von einem dieser Herren gesagt worden sein, der Deutsche Metallarbeiter-Verband habe mit der Firma Dinger einen Tarif abgeschlossen. So kam auf diesen wunderbaren Wege die Mär von dem Tarif mit der Firma Dinger in den Stahlwarenarbeiter. Selbstverständlich mit den nötigen Verbedingungen, wie wir sie nun seit drei bis vier Monaten gemohnt sind. Wir haben schon sehr oft von leichtfertiger Verleumdung und dergleichen gehört, aber so leichtfertig, wie der Stahlwarenarbeiter seinen Gegner zu verächtlichen sucht, das steht einzig da in der Geschichte der Arbeiterbewegung. So steht es mit allen Unwahrheiten, die in letzter Zeit gegen uns gelehrt worden sind. Sollen wir uns wegen solcher Beschuldigungen unsere kostbare Zeit für die Agitation und wirtschaftliche Aufklärung ausgeben lassen? Wir haben besseres zu tun als den Strubbelkrieg zu betreiben. Für alle Behauptungen ist der Beschuldigte die Beweise schuldig zu gestalten. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband trage das stolze Bewußtsein in sich, innerhalb der Arbeiterbewegung als eine vornehmliche Schule der Skrupel und Selbstbeherrschung zu gelten. Welches unerschütterliche Solidaritätsgefühl habe er nicht in die Reihen der Arbeiter getragen, die Manneszucht, Opfermut und den Opferstimm der Arbeiter gefördert. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband habe auch sehr Großes und Gewaltiges für die Bildung der Arbeiter geleistet. Er habe einen großen Kreis von Arbeitern zu wirtschaftlichen Nachbarn erzogen und ihnen einen Einblick in das Wirtschaftsgetriebe, in das verhängnisvolle Wirken von Angebot und Nachfrage verschafft. Dann kam der Referent zu der Frage, ob wir auf die Unwahrheit, die sich der Stahlwarenarbeiter gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband leistet, antworten sollten. Nachdem er diese Frage eingehend behandelt, legte er der Kreisversammlung nachfolgende Resolution zur Annahme vor: „Die heutige Kreisversammlung erklärt sich mit der Haltung der Geschäftsleitung und Ortsverwaltung, indem diese bis heute auf die Angriffe des Stahlwarenarbeiters nicht reagiert haben, voll und ganz einverstanden. Die Kreisversammlung erklärt weiter, daß auf die, jeder vernünftigen Arbeiterpolitik hohnsprechenden Ausführungen und Unwahrheiten auch in Zukunft bis auf weiteres nicht reagiert werden darf. Wenn wir diese Stellung einnehmen, so geschieht das aus Rücksicht auf die Allgemeininteressen. Wir haben gerade genug zu tun, wenn wir unsere Gegner, das Unternehmertum, beobachten und bekämpfen, jenes Unternehmertum, das jede Minute, jeden Augenblick bereit ist, die Existenz der Arbeiter zu gefährden. Diesen aber noch Material zu liefern und sie durch unsere Zornstucht zu stärken, heißt eine der Arbeiterbewegung unwürdige Haltung einnehmen. Unsere vornehmliche Aufgabe soll heute und auch in Zukunft sein, die Arbeiterschaft zu einigen, zu einigen in ihrem Handeln und Wollen. Wo Arbeiterinteressen vertreten werden, muß und soll jedes Sonderinteresse zurücktreten und verschwinden; da dürfen persönliche Gefühlsregungen keinen Platz finden. Die Unternehmer sind der laßende Dritte, die durch solchen Kampf nur gewinnen, nur im trüben Wasser können. Würden wir in denselben Fehler verfallen, so müßten wir jede Woche ein Flugblatt herausgeben. Die Solinger Arbeiterschaft könnte aber bei einem solchen Kampfe nur verlieren. Die Existenz der Errungenschaften des Industriearbeiterverbandes gleichgesinnte und gleichberechtigte Kampfgenossen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die nur mit uns einen gemeinsamen Feind, aber auch mit uns nur ein gemeinsames Interesse haben: die Verachtung und Entwürdigung der heiligen Güter der Arbeiterbewegung.“ (Stimmlicher Beifall.) Nach längerer Debatte, die sich im Sinne des Referenten bewegte, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Eine Resolution des Kollegen Schulten fand ebenfalls einstimmige Annahme; dieselbe lautet: „Die am 23. Oktober im Lokal von Schmidt in Rangenberg tagende Kreisversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes protestiert gegen die Handlungsweise der einzelnen Branchen des Industriearbeiterverbandes, welche dazu übergehen, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Arbeit zu unterbinden, um diese zur Zwangsmitgliedschaft des Industriearbeiterverbandes zu pressen. Es ist dieses eine immorale Handlungsweise, die besonders noch dadurch erschwert wird, weil der Industriearbeiterverband den Anspruch darauf erhebt, die Anschaffungen und Verbindungen der freien Gewerkschaften zu vertreten. Die Kreisversammlung beauftragt die Ortsverwaltung, alle Maßnahmen zu treffen, um in allen Fällen, wo unsere Kollegen durch diesen Terrorismus geschädigt werden, mit allem Nachdruck das Interesse unserer Mitglieder zu wahren.“ — In die Ortsverwaltung wurden die Kollegen Wolf und Sämitz gewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress die Kollegen Herber, Hermes und Hohen-

Stuttgart. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft im Kampfe gegen das kapitalistische System lautete das Thema, das P. Trenn (Rena) vor den Kollegen in Jeverbach, Unterlärchen und am 22. Oktober im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart vom Standpunkt der Kulturgesellschaft Ernst Abbe, deren Vorsitzender der Vortragende ist, behandelte. Der Redner entwarf zunächst in knappen Zügen ein Bild von der großartigen wissenschaftlichen und sozialen Arbeit Ernst Abbes, des berühmten Gründers der Carl Zeiss-Stiftung in Jena, nach dem sich die Gesellschaft nennt. Abbe wollte die Betriebe der Stiftung in alle Welt verpflanzen, daß auch ein Mensch wie er selbst in ihnen als Arbeiter tätig sein könnte, ohne daß sein Stolz daran Anstoß zu nehmen brauchte. Bei der letzten Zeitung trat diese Tendenz nicht mehr hervor. Die sozialen Leistungen der Stiftung gegenüber Ausbeutern und Arbeitern seien zwar im wesentlichen unverändert und Gewinnsteigerung, Pension und Abgangsentfähigkeit könnten nach wie vor eingeführt werden,

aber der Geist sei ein ganz anderer geworden. Die Arbeiter und Angestellten hätten nicht den Eindruck, in einem humanen Betrieb zu arbeiten, denn die Behandlung entspreche genau den gewöhnlichen kapitalistischen Methoden. Charakteristisch für die Leitung sei es, daß sie Hinertüren, die jedes Geiz und auch das Abbeißende Stützungspatru für reaktionäre Betätigung lasse, benutze, statt sie zu verschließen. Ein fälschlicher Kampf der Arbeiter und Beamten um ihre Rechte sei die Folge. Es vollziehe sich hier eine Tragödie, die um so bedauerlicher sei, als es sich hier um das Lebenswert eines der größten und gerechtesten Männer aller Zeiten handele. Redner erklärte diese Entwidlung einerseits daraus, daß die Geschäftsleiter Lebenslänglich angestellt seien, sich durch Zuwahl aus dem Kreise der höheren Beamten selbst ergänzen könnten und dies ohne den geringsten Einfluß der Arbeiter und übrigen Angestellten ermächtigt und ohne daß ausreichende Garantien für soziale Gesinnung gefordert werden dürften. Jeder Reaktionsär, der höherer Beamter sei, könne also Geschäftsleiter werden. Andererseits steht der Vortragende in dieser Entwicklung wieder eine Bestätigung dafür, daß das kapitalistische System — bei aller Anerkennung für Abbeiß — nicht beständig reformiert werden könne, sondern durch eine höhere Wirtschaftsweise abgelöst, ersetzt werden müsse. Die Kulturgesellschaft Ernst Abbe (K. E. A.) lehnt es deshalb auch ab, Abbe nachzumachen, sie geht weit über ihn hinaus und knüpft nur an seinen Grundsatz an, daß ein Staat nur dann vom größten kulturellen und materiellen Segen für alle Bürger sein könne, wenn er nach Grundrissen der Gemeinnützigkeit geleitet werde und nicht nach denen kapitalistischen Eigenmutes. Die K. E. A. arbeitet für die Abklärung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die nächsthöhere Wirtschaftsweise, die sich schon im Genossenschaftswesen vorbereitet; ihr Ziel ist: die gemeinnützige Selbstwirtschaft der genossenschaftlich organisierten Konsumenten, also der wirtschaftliche Sozialismus. Die Gesellschaft führt deshalb auch den Nebenamen: „Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur“. Redner legte dann die sittlichen, ökonomischen und entwicklungsgesellschaftlichen Gründe dar, aus denen der Kapitalismus durch die Verbrauchergenossenschaften abgelöst werden müsse und führte im besonderen den Nachweis, daß das kapitalistische System viele Kräfte der Menschen und der Natur verschwende, es sei deshalb eine unvollkommene Maschine, die viel Kohlen verbrauche, aber wenig nützliche Arbeit leiste, also mit schlechtem Wirkungsgrad arbeite. Fortschrittende Kultur sei nur möglich durch fortschreitende Verbesserung dieses gesellschaftlichen Wirkungsgrades der Arbeit. Nur die Genossenschaften der Verbraucher können diese Verbesserung bringen. Der Kapitalismus hat die tote Maschine zu hoher Vollkommenheit entwickelt, die Genossenschaften werden das lebende Werk an der lebendigen Maschine „menschliche Gesellschaft“ vollbringen. Die Genossenschaftsbewegung sei deshalb gleichartig neben Partei und Gewerkschaft. Alle drei Gebiete müssen einander ergänzen und unterstützen. Konfliktigkeiten unter ihnen seien schädlich für den Befreiungskampf gegen das kapitalistische System. Redner legt dann dar, welche ungeheuren wirtschaftlichen Kräfte den Massen zur Verfügung stehen, die heute fast völlig brachliegen. Der Mehrwert könne nur zutage kommen, so lange Konsumenten da seien, die den Kapitalisten die Produkte abkaufen. Ohne diese willigen Abnehmer nützen ihnen alle Produktionsmittel nichts. Damit sei die Achillesferse der kapitalistischen Wirtschaft freigelegt. In sie müsse der tödliche Speer versenkt werden, indem die Massen ihre Konsumkräfte in Genossenschaften organisieren, bei sich selber kaufen, für sich selber produzieren und so immer neue Produktionsmittel in ihre Gewalt bringen. Nicht also der Kapitalismus hat das Schicksal der Massen in der Hand, sondern diese das des Kapitalismus. Lebenshaftes Interesse erregten die Ausführungen über die jetzigen Genossenschaften und den Geist in ihnen. Scharfe Worte fielen über die von den Mitgliedern der Genossenschaften betätigte kapitalistische Moral und besonders gegen die Dividendenstucht. Den Genossenschaften sei der Geist nötig, den Professor Staubinger mit dem Wahlspruch: „Alles für das Ganze und mein Vorteil nur durch das Ganze“ von jedem Mitglied fordere. Die Gewerkschaften müßten viel mehr genossenschaftlich arbeiten, um ihre Strotzart gegen das Kapital zu erhöhen, dessen Organisationen heute straffer, einheitlicher und umfassender seien als die gewerkschaftlichen, die noch gegen politische und konfessionelle Zersplitterung kämpfen müßten. Die Gewerkschaften werden durch die wachsende Macht der kapitalistischen Organisationen gezwungen werden, sich in den Genossenschaften eine neue wichtige Waffe zu schmieden. Der Vortragende ging dann dazu über, die Ausbeutung der Massen durch die kapitalistischen Sparkasten zu beleuchten, die nur scheinbar vorteilhaft für den Sparrer sind, dem in seiner Abnutzungsfähigkeit nicht nur der Zins wieder abgenommen werde, sondern der zwei-, drei- und mehrfache Betrag dieser Zinsen dazu. Die K. E. A. gibt die Parole aus: „Keinen Pfennig dem Kapitalismus auf Zins, alles in die Genossenschaften“ und fordert damit zum Zinsstreik auf. — Die mit starkem Beifall aufgenommenen Darlegungen des Vortragenden führten zu einer Diskussion, an der sich auch Anarchisten beteiligten. Bis auf diese unterstrichen die Diskutierenden die vorgebrachten Anschauungen und Theorien. Aus der Versammlung ging schließlich der Antrag ein, der K. E. A. korporativ beizutreten. Der Antrag wurde der Verwaltung einstimmig zur Erledigung überwiesen.

**Nadelarbeiter.**

**Hainichen.** In der Nadelfabrik von Gerlach & Söhne man haben sich Mißstände herausgebildet, die uns nötigen, unsere Zukunft zur Deffektivität zu nehmen. In hygienischer Hinsicht läßt der Betrieb sehr viel zu wünschen übrig. Es gibt keine Wascheinrichtung, keine Ventilation. Darunter haben die Arbeiter sehr zu leiden, da der Gärtaum, in dem sich schmutzige Dämpfe entwickeln, an den Arbeitsort führt und nur durch eine (die meiste Zeit offenstehende) Türe getrennt ist. Die zwei Türen im Saale Nr. 3 sind in so schlechtem Zustand, daß der Quatz, der sich beim Anheizen entwickelt, statt zu den Kaminen hinaus zur Ventilation in den Arbeitsort hineinkommt. Die Nadelmacher, die ja alle in Akkord arbeiten, müssen die Türen selbst heizen. Bei der Lohnzahlung verlangt Herr Eibner, der erste Werksführer, daß die Leute die Lohnzettel annehmen! Er kümmert sich auch um Sachen, die ihn nichts angehen. Wenn zum Beispiel die freien Turner einen Unzug gehabt haben, regt sich der Mann deshalb darüber auf, daß die Nadelmacher überall dabei wären. Ja, wenn die Arbeiter beim Militär- oder Kriegerverein wären (leider gibt es immer noch Krieger), die diesen ihre Interessen vertretenden Klubbvereinen angehören, wie Eibner oder Meister Bernhardt, dann wäre das etwas anderes. Am meisten sind die Kollegen selbst schuld, wenn derartige Zustände einreifen, denn es sind viele unter ihnen, die vor Neiderei nicht wissen, was sie alles anstellen sollen, nur um sich „Liebkind“ zu machen. Wenn aber wie kürzlich bei der angeblichen Aussperrung bei Weiss, alle gekündigt bekommen, auch die Schmaroker, dann sollten doch auch alle einsehen, daß ihnen nichts hilft als einzig der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Darum gehört jeder einzeln, der seine Lage verbessern will, zu uns. Den Berufslosen Nadelmachern täte eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringend not. Auch ein Arbeiterausschuss soll da existieren, aber die meisten Kollegen wissen nichts davon. Es ist schon mehrere Jahre keine Wahl mehr vorgenommen worden, wahrscheinlich ist er auf Lebenszeit gewählt.

**Schlosser.**

**Dresden.** Die letzte erfolgreiche Lohnbewegung der Dresdener Bauarbeiter, die zum Abschluß einer Lohnvereinbarung zwischen der Schlosserinnung und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband führte, liegt den Herren noch sehr im Magen. Jetzt machen sie ihren gepöhlten Berz mit einem Flugblatt Luft, das den Schlossermeistern in einem Kubert mit dem Aufsatz: „Schlosserstreik betreffend“ lautet. Der Inhalt des Flugblattes ist so interessant, daß wir den wesentlichen Teil davon der Deffektivität mitteilen wollen:

„Die Klägliche Niederlage der Schlossermeister Dresdens bei der Lohnbewegung des Jahres 1910. Hurra! Es lebe die Einigkeit, die Tatkraft und die Opferwilligkeit, tiefen die Schlossermeister am Abend ihres glänzenden Sieges begeistert aus, als sie am zweiten Tage des Streikes schon eintrags fleißig, ihre Forderungen anerkennende Unterschriften in der Tasche hatten, und stehen jubelnd mit den Gläsern an. Stolz und Freude leuchtete aus ihren Augen und das Bewußtsein ihrer Macht schwellte ihre Brust. Hurra! Es lebe der Zusammenhalt, ertönte es immer wieder. Währenddem saßen die Meister hinter dem Ofen, zogen sich die Schlafmütze auf die Ohren, falteten die Hände über dem Bauche und baten die Gesellen demütig, ihnen das Fell doch gütigst nicht ganz und gar über die Ohren zu ziehen, da sie mit ihren Familien doch auch gerne leben möchten. Die Herren Gesellen sagten dies in ihrer Verblüffung über den mehr als leichten Sieg demütigst zu, lachten sich darüber, daß sie eigentlich mehr erreicht, als sie zu hoffen gewagt hatten, höhnlisch ins Fräulchen und damit war der liebe Friede wieder hergestellt. Im stillen dachten sie sich jedoch, wenn die Sache so glatt und leicht geht, werden wir bei der nächsten Gelegenheit den Mund etwas voller nehmen, denn solange die Meister uneinig sind, besitzen wir die Macht, wir sind die Herren und die Meister haben zu tanzen, wie wir pfeifen. Der Appetit kommt mit dem Essen“, sagt ein altes Sprichwort. Werte Berufscollegen! So liegen die Verhältnisse heute in unserm Handwerk, im Schlosserhandwerk. Wie ein großer Blitz hat die letzte Lohnbewegung in unsere jammervollen, zerfahrenen und unhaltbaren Verhältnisse hineingeleuchtet und hat uns gezeigt, daß wir Meister jetzt nur die willenlosen Werkzeuge in der Hand unserer organisierten Gesellen, daß wir macht- und wehrlos sind und daß wir in unserer Hilflosigkeit zum Geißel der ganzen Bürgererschaft dastehen. Weit entfernt, dem Arbeiter einen auskömmlichen, seinen Leistungen entsprechenden Lohn vorzuzahlen zu wollen, richten wir uns nur dagegen, daß uns Meistern die Arbeitsbedingungen jetzt von den Gesellen und ausgearbeiteten Lehrlingen einfach diktieren und vorgegeschrieben werden und daß wir deshalb in unserer Selbstachtung, unserem Standesbewußtsein und unseren Lebensbedingungen immer tiefer sinken müssen. Auch wollen wir nicht, daß der Nachthocher so wie der Minister bezahlet werden muß, denn dann werden wir eben alle Nachthocher. Sogar ein Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird, nur ein Dresdener Schlossermeister nurzt nicht, wenn ihm sein Geißel einen Fußtritt bereitet, denn er muß sich im Gefühl seiner Ohnmacht bieten lassen.“ — Zum Schluß kommt noch ein Mahnwort an die Schlossermeister, sich zu organisieren und dem „Schmiedeverband der Dresdener Schlossermeister“ oder der „Freien Vereinigung von Mitgliedern der Schlosserinnung“ anzuschließen: „Teilnahmslosigkeit ist Verrat an unserm Handwerk.“ — So schließt das Flugblatt, das Steine erweichen könnte. Wir können es den Herren Meistern ja nachfühlen, daß sie die Niederlage schmerzhaft berührt; sie hätten eben zuerst den Mund nicht zu voll nehmen und sich durch ihr Verhalten nicht festlegen sollen. „Meine Herren, streiken Sie doch!“ ist bei den Verhandlungen vor dem Streik dem Gesellenausschuss zugerufen worden. Als in der Innungsversammlung die Meisterkommission, die mit dem Gesellenausschuss verhandelt hat, ein Verbot an den Tag legte, das hat an Wortbruch grenzte, lief unser Kollege, der Altgenosse Note, der Innungsversammlung zu: „Wenn Sie so fortfahren, kommt es zum Streik!“ Lobender Beifall wurde ihm darauf von den Herren Innungsmellern gezollt: „Nawohl, streikt nur!“ wurde von allen Seiten gerufen. Die Gesellen streikten und die Freude der Meister verwandelte sich in große Trauer. Jeder Meister glaubte nämlich, bei ihm würde nicht gestreikt werden. Aber die Herren hatten die Rechnung ohne die Gesellen gemacht, statt der 150 Gesellen, die nach der Vermutung der Meister streiken würden, traten ziska 500 Gesellen in den Ausstand. Genau eine Woche später stimmte eine Innungsversammlung einmütig der Lohnvereinbarung zwischen der Innung und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu. Als bekannt wurde, daß der Streik damit aufgehoben sei und die Meister ihre Gesellen wieder bekommen, entfiel genau der selbe freudige Beifall wie eine Woche zuvor, wo der kommende Streik mit Beifall begrüßt wurde. Eins werden die Schlossermeister aus der Lohnbewegung gelernt haben: Daß es besser ist, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen und mit ihr die Differenzen auf friedlichem Wege beizulegen, denn die Schlossermeister von heute sind nicht mehr so, wie die Schlossermeister von jeher waren. Die Gesellen werden sich noch besser organisieren, alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband noch fernstehenden ihm zuzuführen. Dann wird es uns gelingen, das Ertrugene nicht nur zu halten, sondern im Interesse des ganzen Schlosserhandwerks noch weiter auszubauen. Darum möchten wir den Gesellen auch zurufen: Teilnahmslosigkeit ist Verrat an unserm Handwerk!

**Rundschau.**

**Gewerkschaftliches.**

**Metallarbeiter.** Mitgliederbestand der Organisationen in der Metallindustrie (nach dem Reichsarbeitsblatt):

	2. Quartal 1910	3. Quartal 1910	Zu- oder Abnahme
Deutscher Metallarbeiter-Verband	401574	432535	+ 27961
Schmiedeverband	16950	16955	+ 5
Kupferschmiedeverband	4268	4288	+ 20
Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Danfer)	38157	39868	+ 1411
„Christlicher“ Metallarbeiter-Verband	26629	29063	+ 2439

Im „Christlichen“ Deutschen Metallarbeiter, Nr. 44, wurde in Vorkennzeichen, daß der „Christliche“ Metallarbeiterverband im dritten Quartal ein Mehr von etwa 3000 und damit den höchsten bisherigen Stand erreicht habe. An den etwa 3090 fehlen aber doch etwa 541. Und was den höchsten bisherigen Stand betrifft, so bedeutet das nicht viel, denn die Differenz zwischen 28472 am Ende des Jahres 1907 und 29088 am Ende des dritten Quartals 1910 ist nur 616. Das ist die ganze Zunahme des „Christlichen“ Verbandes in 2 1/2 Jahren. Im gleichen Zeitraum ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband um 70331, von 362204 auf 432535 gestiegen.

**Schmiede.** Die Schmiede-Zeitung glaubt ein übriges zur Propaganda für den Schmiedeverband tun zu müssen. In Nr. 43 verkündet sie unmittelbar unter dem Titel in auffallender Weise, daß vom Schmiedeverband rund 200 000 M. an Unterstützung beim Werkstarbeiterkampf geleistet worden seien. Daraus wird gefolgert, daß jeder Kollege Mitglied des Schmiedeverbandes sein müsse. In Nr. 44 wird auf Seite 3 ebenfalls recht auffallend behauptet, daß der Schmiedeverband bisher in diesem Jahre die Summe von 300 000 M. für die wirtschaftlichen ständige herausgegeben habe. Und in Nr. 45 wird in einem längeren Artikel über „Ertragsbeiträge“ unter Bezugnahme auf die 300 000 M. gesagt: „Derartige Mittel hat keine Organisation zu Verfügung.“ Die Schmiede-Zeitung würde aber der Wahrheit einen großen Dienst erweisen, wenn sie auch mitteilen würde, wodurch es dem Schmiedeverband ermöglicht wurde, die hohe Summe von 200 000 M. für den Werkstarbeiterkampf auszugeben.

**Holzarbeiter.** In Nr. 44 der Holzarbeiter-Zeitung wird die Abrechnung des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das zweite Quartal 1910 veröffentlicht. Den dazu gegebenen Ertragsangaben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl des Verbandes am Schluß des Quartals 156788 (152302 männliche, 4489 weibliche) mit 247 jugendliche) betrug. Die Steigerung gegen das erste Quartal war 4740. Das Vermögen des Verbandes betrug: in der Hauptkassa 2688142,74 M., in den Lokalkassen 1641976,94 M., zusammen 4330119,68 M.

**Zimmerer.** Der Zimmererverband schickte am Schluß des zweiten Quartals 1910 53625 zahlende Mitglieder, er hat also gegen das erste Quartal mit 55889 Mitgliedern um 1764 abgenommen. Die in Nr. 44 des Zimmerer veröffentlichte Abrechnung des Zimmererverbandes zeigt auch, daß der Verband in dem kritischen Quartal der Bauarbeiteraussperrung 1901/18,45 M. für Streikunterstützung herausgab hat. Die Ertragsamterträge, die aus Anlaß der Bauarbeiteraussperrung aus den Mitgliederbeiträgen des Zimmererverbandes geflossen sind, betragen 387179,05 M., von der Generalkommission wurden dem Verband 300 000 M. aus dem Sammelgeldern überwiesen. Das Gesamtvermögen des Verbandes verminderte sich infolge der Aussperrung seit dem ersten Quartal um 351034,21 M., es betrug am 30. Juli 1910: 1120979,87 M.

**Eine gerichtliche Charakterisierung der Selben**

wurde unlängst durch das Nürnberger Schöffengericht gegeben und von der Nürnberger Strafkammer bestätigt. Der Maschinenhausgehilfe Jäger hatte gegen den Hirschbräuer Gundel Klage wegen übler Nachrede gestellt, weil G. im Juni dieses Jahres in einer Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg in der Brechtischen Wirtschaft in Glaishammer den S. als „Selben“ und als „Organisationszerstörer“ bezeichnet hatte. G. ist Mitglied des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes, S. gehört einer Abspaltung dieses Verbandes, dem Verbande der „Nichtgenossenschaftlichen des bayrischen Verkehrsvereins“ an. Das Schöffengericht hat seinerzeit G. freigesprochen und dem Urteil folgende Begründung gegeben: „In einem nicht mehr feststellbaren Tage im Juni 1910 fand in der Brechtischen Wirtschaft in Nürnberg eine nichtöffentliche Versammlung der Vertrauensmänner des Sozialdemokratischen Vereins statt, welcher auch die Streitteile anwohnten. Auch Angeklagter kam hierbei zum Wort und äußerte sich im Verlauf seiner Rede folgendermaßen: „Ich kann es nicht verstehen, daß es im Arbeitergesangverein Glaishammer noch möglich ist, daß er in seinen Reihen noch Mitglieder hat, die bei den sogenannten Selben oder Organisationszerstörern sind.“ Ein Mitglied dieses Vereins erklärte sodann, es sei dort nichts davon bekannt. Hierauf erfolgte aus der Versammlung heraus der Ruf: Namen nennen.“ Gundel nannte hierauf die Namen Jäger und Wirt. Diesen Tatbestand erachtete das Gericht für festgelegt. Auch das Gericht geht von der Anschauung aus, daß die Bezeichnung als „Selber“ oder „Organisationszerstörer“ eine Ausbeugung der Mißachtung in sich begreift. Unter Selben wird eine Klasse von Arbeitern verstanden, die auf das Koalitionsrecht und Streikrecht verzichten, es zugunsten gewisser Wohltätigkeitsrichtungen mit den Arbeitgebern halten, sie werden für Unterdrücker der Rechte der Arbeitererschaft, für Heuchler und Freier gehalten. Das Gericht kann deshalb eine strafbare Handlung nicht für gegeben erachten, weil die Tat des Angeklagten unter dem Schutze des § 193 des Reichsstrafgesetzbuches steht. Es kann demselben das Recht nicht verweigert werden, in einer nichtöffentlichen Versammlung der Vertrauensmänner eines sozialdemokratischen Vereins es zur Sprache zu bringen, wenn er glaubte, daß unter den Teilnehmern Personen seien, welche der Parteitrennung nicht angehört und sogar als Verräter derselben gelten. Daß es ihm nur darum zu tun war, ergibt sich wohl am besten daraus, daß er anfangs überhaupt keinen Namen nannte und dies erst getan hat, als der Ruf: „Namen nennen!“ erfolgte. Es kann demgemäß auch in der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter denen sie geschah, nicht auf das Vorhandensein einer Verleumdung geschlossen werden. Die Handlung des Angeklagten ist daher nicht strafbar, seine Freisprechung erschien somit gerechtfertigt.

Jäger ließ durch seinen Anwalt Berufung zur Strafkammer einlegen. Vor der Strafkammer führte der Vertreter Jägers aus, daß das Schöffengerichtsurteil auf einer falschen Basis beruhe. Es handelte sich damals nicht um eine Vertrauensmännerung des Sozialdemokratischen Vereins, sondern um eine Bezirksversammlung, zu der etwa 1000 Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg Zutritt gehabt hätten. Es sei also die Deffektivität gegeben gewesen. Der Gesangverein Eintracht treibe zudem keine Politik, der Angriff war daher unberechtigt und unzulässig. Kein Zweifel bestche darüber, daß die Bezeichnung „Selber“ eine Verleumdung sei, auf diesem Standpunkt stehen sogar vorurteilslose Unternehmer. Der Verband, dem der Kläger angehöre, sei aber gar keine solche Organisation, dieser Verband erstrecke ebenfalls, wie der Süddeutsche Eisenbahnerverband, eine Bezeichnung seiner Mitglieder. Der Kläger Jäger wehrte sich ebenfalls, daß sein Verband ein geister Verband sei, er, Jäger, sei auch nicht agitatorisch hervorgetreten, sondern er sei nur ein einfaches Mitglied. Vor der Strafkammer wurde indessen nachgehoben, daß Jäger Redakteur des Verbandsorgans der vom Süddeutschen Eisenbahnerverband abgesplitterten Organisation ist. Die Strafkammer änderte in der Urteilsbegründung die Vertrauensmännerung in eine Bezirksversammlung ab, akzeptierte im übrigen vollständig das Schöffengerichtsurteil und sprach G. frei.

**Auf den Hund gekommen!**

Der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter hatte in seiner Nr. 38 über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Unternehmern geleistet. Das Blatt hatte (siehe auch Metallarbeiter-Zeitung Nr. 43 Seite 338) unter anderem geschrieben, daß „die gemeinsamen Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern von so großer Bedeutung seien, daß sie besserer Würdigung bedürfen. Sich gegenseitig mehr zu verstehen und auf dem Boden der Gleichberechtigung anzuerkennen, erfordere schon das Allgemeinwohl.“ In geradezu eklatanter Weise suchte sich das „christliche“ Blatt bei den Unternehmern anzubiedern.

Diese „Lehren“ tragen bereits sehr schöne Früchte. Die Schwäbische Tagwacht veröffentlichte in ihrer Nr. 258 vom 4. November unter obiger Spitzmarke ein Zirkular des „Dr. Karl Stoll“ der christlichen Gewerkschaften Stuttgart-Gannstatt vom 23. Oktober 1910, durch das die Unternehmer zu einer Versammlung auf Samstag den 5. November eingeladen wurden, in der der in voriger Nummer genannte Paul Krug als Referent über „Arbeitgeber und christliche Gewerkschaften“ genannt ist. Das Zirkular enthält auch folgenden Passus:

„In dieser Versammlung handelt es sich nicht darum, bestimmte Forderungen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im besonderen zu vertreten. Es soll vielmehr zunächst über das Wesen und die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften gesprochen und auch die Frage ganz besonders erörtert werden, ob es nicht im Interesse der Arbeitgeber selbst liegt, wenn sie den auf dem Boden der christlich-nationalen Weltanschauung, staatsreuer und patriotischer Gesinnung stehenden Arbeiterorganisationen eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken.“

Wir schließen uns der Schwäbischen Tagwacht an, die dazu bemerkt: „Wir haben von den christlichen Gewerkschaftsbrüdern schon manches Stüchchen erlebt. Die vorstehende hübschliche Anweisung der Arbeitgeber setzt aber allem bisher Kerngelernten die Krone auf. Sie bedeutet nichts anderes, als daß die christlichen Gewerkschaften Stuttgarts die jämmerliche Rolle der gelben Arbeiterverräter übernehmen und sich für vorkommende Fälle zur Lieferung von Streikbrechern empfinden wollen. Eine laubere Gesellschaft! Ihre jetzige Tätigkeit hat trotz allem Tamtam und großmäuligen Geschrei nicht vermocht, den christlichen Gewerkschaften einen nennenswerten Anhang unter den Arbeitern und die Achtung der Arbeitgeber zu verschaffen. Bei allen Lohnkämpfen: fanden sie einflusslos und unbeachtet von Arbeitgeber und Arbeiter zur Seite. Nun nichts mehr helfen will, legt man sich wieder den Unternehmern zu Füßen, um wenigstens so auf einer Seite Beachtung zu finden. Aber auch diese Wühle wird unsonst sein. Ein solches Verhalten kann nur dazu dienen, die christlichen Gewerkschaften um den letzten Rest von Achtung zu bringen und sie mit dem gelben Streikbrechergeheul auf eine Stufe zu stellen, von dem sich jeder ehrliche Arbeiter mit Verachtung abwendet.“

